

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **14. und 15. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2016/2017 vom 12. Dezember 2016

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: Ch. Leupi (SVP)

Protokoll: Anwesend: K. Lang
Protokollverfassung (ab Tonbandaufnahme): A. Fatzer

Entschuldigt: R. Keller (SVP, beide Sitzungen), F. Albanese (SVP, 1. Sitzung)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*	16.113 (DFI)	Budget 2017 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2017 «Novemberbrief»	Verschiedene
2.*	16.95 (DSS)	1. Nachtrag zur Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur vom 3. Mai 2010	K. Gander
3.*	16.106 (DSO)	Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur 2015	D. Schneider
4.*	99.29 (DTB)	Abschreibung der Motion M. Gfeller (Grüne/LdU/DaP), D. Hauser (SP) und St. Terzi (EVP) betr. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweihers und Abklärung des möglichen Erholungspotentials	
5.*	15.43 (DSO)	Beantwortung der Interpellation D. Oswald (SVP), M. Baumberger (CVP) und St. Feer (FDP) betr. Führung und Organisation im Sozialdepartement	
6.*	16.20 (DSO)	Begründung des Postulats B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter	
7.*	16.59 (DSO)	Begründung des Postulats B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga (EVP), J. Altwegg (Grüne/AL) und K. Cometta (GLP) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär»	

- 8.* 15.97 (DSU) Begründung des Postulats R. Keller (SVP) betr. Verbot der Benützung des öffentlichen Grundes für Aktionen mit religiösem Hintergrund
9. 14.8 (DSU) Antrag und Bericht zum Postulat K. Bopp (SP), M. Wäckerlin (PP), Ch. Magnusson (FDP), N. Gugger (EVP) und D. Berger (AL) betr. einfaches Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen
10. 16.92 (DSU) Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP/EDU) und D. Oswald (SVP) betr. massive Beeinträchtigung der Einkaufsattraktivität der Altstadt durch Aktionsstände
11. 16.82 (DSU) Begründung des Postulats D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften
12. 16.83 (DSU) Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL) und F. Landolt (SP) betr. Förderungsbeiträge für PV-Anlagen
13. 16.39 (DFI) Begründung des Postulats U. Hofer (FDP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und A. Steiner (GLP) betr. zentrale, professionelle Debitoren- und Verlustscheinbewirtschaftung
14. 16.90 (DFI) Begründung des Postulats A. Steiner (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. Gebührenreduktion dank Effizienzsteigerung
15. 16.60 (DKD) Begründung der Motion M. Zehnder (GLP/PP), G. Gisler (SVP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Produktegruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten
16. 16.93 (DKD) Begründung des Postulats M. Zeugin (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in W'thur
17. 16.58 (DKD) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP/BDP), G. Stritt (SP), A. Steiner (GLP) und F. Helg (FDP) betr. Steig – ein W'thurer Problemquartier?

(* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich begrüsse zur 14. und 15. Sitzung. Zur Information: Wir ziehen die Sitzung ganz normal durch wie angekündigt bis um 18.30 Uhr und von 20.00 Uhr bis 22.00 Uhr, damit es keine Rückfragen gibt.

Ihr habt gesehen, Ihr habt ein kleines Säckchen. Ich habe mich am Samstag hingesezt und etwas gemacht, damit ich Euch etwas mitbringen kann und wünsche Euch in diesem Sinn jetzt schon frohe Festtage. *Applaus.*

Etwas verspätet erscheinen werden Mike Künzle und Michael Zeugin. Rolando Keller und Franco Albanese fehlen die erste Sitzung, Rolando Keller evtl. auch die zweite Sitzung, da er allenfalls noch Einsatz hat.

Es sieht so aus, als würden wir die Reserve-Sitzung nächsten Montag nicht mehr benötigen, aber ich werde das im Verlauf der ersten Sitzung entscheiden und Euch entsprechend informieren.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Mir wurde eine Fraktionserklärung zugetragen, Thomas Deutsch bitte.

T. Deutsch (EVP/BDP): Wir leben in einem Zeitalter der fortschreitenden Digitalisierung. Die meisten von uns haben Smartphones. Wir erhalten die Unterlagen, aufgrund derer wir die Entscheidungen fällen, elektronisch. Wir verabreden uns über Netzwerke. Nicht nur bei uns ist das so, auch die Stadtverwaltung funktioniert elektronisch. Wenn Sie auf der Einwohnerkontrolle eine Meldebestätigung holen, dann kommt diese aus dem Computer, man verfügt über die entsprechenden Informationen. Wenn man die Steuererklärung einreicht, wird diese eingescannt und elektronisch weiterverarbeitet. Der Bürger kann elektronisch seinen Umzug melden oder seine Baubewilligung einreichen. Diese Digitalisierung wird weiter zunehmen, sie wird sich auch weiter beschleunigen. Sie ist der Hauptsteiner unserer Effizienzsteigerung. Sie ist aber auch Hauptfühler für eine Kundenfreundlichkeit in unserer Stadtverwaltung. Ich als Kunde bin viel zufriedener, wenn ich meine Behördengänge kurz am Computer machen kann als wenn ich mir extra freinehmen muss, um zu den Schalteröffnungszeiten im Superblock zu erscheinen. Die stetige Digitalisierung bietet aber auch Risiken, das konnte man gerade letzte Woche im Landboten nachlesen. Die erforderlichen Server und Applikationen für diese Dienste sind nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zugänglich, sie sind auch Ziel von Hackerangriffen. Es gibt verschiedene Arten solcher Angriffe, z.B. Angriffe, die Daten stehlen oder einfach Daten verändern. Es ist eine ganz einfache Überlegung: Was wäre, wenn Eure Steuererklärung im Internet veröffentlicht würde? Eine andere Art von Angriff, die immer beliebter wird, sind sogenannte DDoS-Attacken. Bei dieser Art von Angriff koordiniert der Angreifer es so im Internet, dass gleichzeitig viele Anfragen an das gleiche Ziel geschickt werden. Das Ziel bricht unter der Last dieser Anfragen zusammen und ist nicht mehr erreichbar. Das trifft auch grosse Firmen und öffentliche Institutionen, z.B. das Netzwerk, über das die meisten britischen Universitäten ins Netz gehen, brach im Dezember 2015 unter einer DDoS-Attacke zusammen und war tagelang nicht erreichbar. Es ist auch nicht so, dass sich niemand eine solche Attacke leisten könnte. Man kann sich für wenige hundert Dollar die notwendigen Geräte für 24 h mieten. Um für solche Angriffe gerüstet zu sein, braucht es Personal – und zwar genügend. Auch, um einen Pikettdienst gewährleisten zu können. Das ist bei der Stadtverwaltung im Moment nicht der Fall. Wie uns in der Kommission dargelegt wurde, kann ein Team von aktuell 3 Vollzeitstellen nur eine minimale Dienstleistung während der Bürozeiten gewährleisten, ausserhalb dieser Bürozeiten kann man keinen Pikettdienst erreichen. Das wäre nur möglich mit dem Personal, das beantragt wurde. Genau dieses Personal, das die Informatikdienste dringend benötigt hätten, haben wir letzte Woche gestrichen. Für diese Aufgaben wird Fachpersonal benötigt. Das kann man nicht mit internen Verschiebungen lösen. Man kann viele Stellen hinterfragen, sie streichen oder befristen. Diese Stellen nicht zu gewähren, betrachten wir jedoch als falsch.

Stadträtin Y. Beutler: Ich kann nur sagen «Recht hast Du», aber das nützt jetzt nichts mehr. Ich glaube, der Artikel, der im Landboten erschienen ist, hat das Problemfeld nochmals aus unabhängiger Sicht aufgezeigt. Wir werden mit dem bestehenden Personal schauen, dass wir die Daten so sichern können, wie die Polizei auch die Leute auf der Strasse versucht zu sichern. Wir hoffen, dass uns dieser Weg gelingt.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Mir ist ein Antrag zugekommen wegen der Traktandenliste. Urs Hofer bitte.

U. Hofer (FDP): Die Finanzvorsteherin hat in Aussicht gestellt, dass das Projekt zu dem Postulat wegen professioneller Debitorenbewirtschaftung kurz vor dem Abschluss steht, ein bereits laufendes internes Projekt. Sie möchte uns das gerne vorstellen, bevor wir in dieser Sache weiter entscheiden. Vor diesem Hintergrund würde ich dem gerne entgegenkommen, so dass wir das in der AK anhören können, und deshalb die Überweisung des Postulats von der Traktandenliste nehmen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es gegenteilige Anträge oder jemanden, der es auf der Traktandenliste belassen möchte? – Das scheint nicht der Fall zu sein. In dem Fall habt Ihr das Traktandum 13 abgesetzt.

1. Traktandum

GGR-Nr. 16.113: Budget 2017 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2017 «Novemberbrief»

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir fahren weiter, wo wir letztes Mal stehengeblieben sind, mitten in der Budgetdebatte. Wir sind beim Departement Bau angelangt, bei der ersten Produktegruppe Tiefbau gibt es einen Antrag. Ich bitte Felix Helg, diesen vorzustellen.

F. Helg (FDP): Als Referent für den Tiefbau versuche ich kurz, diese Änderungen darzustellen. Es betrifft **11062 Eindolung Eulach, Abschnitt Lagerhausstrasse bis Neuwiesenstrasse**. Der Stadtrat hat an der Kommissionssitzung noch eine Änderung beantragt, die noch nicht im Novemberbrief vorgesehen war, aber gleichwohl berücksichtigt werden soll. Es braucht noch einen **zusätzlichen Projektionskredit von 50'000 Fr. als gebundene Ausgabe**. Entsprechend ist dieser Kredit in der Spalte Gesamtkredit zu ergänzen und im Programm 2017 der Betrag auf Fr. 50'000 zu erhöhen. Die Kommission hat dieses Vorgehen einstimmig genehmigt.

Ich erkläre auch gleich noch die anderen.

11327 und 11384 Technikumstrasse. Es geht um zwei Abschnitte, die saniert werden müssen. Vor zwei Jahren hat der Gemeinderat bei der Budgetberatung ausdrücklich ein #-Zeichen gesetzt, so dass es dann einmal eine Weisung geben sollte. Wieso es heute aus Sicht des Stadtrates anders sein sollte, ist uns in der Kommission im Unklaren geblieben. Deshalb beantragt die Kommission einstimmig erneut (und hoffentlich zum letzten Mal), dass **das §-Zeichen vom Stadtrat für einen Kredit als gebundene Ausgabe in ein #-Zeichen zu ändern ist**, so dass wir dann noch eine Weisung erhalten.

11777 Knoten Tösstalstrasse/Eidbergstrasse. Dort ist auch eine falsche Signatur vorhanden. Der Kredit ist über eine Weisung an den Gemeinderat zu beantragen. Deshalb braucht es ein **#-Zeichen anstelle des §-Zeichen**. Das Departement hat uns versichert, dass es da um einen Übertragungsfehler geht, deshalb ist nur eine Berichtigung vorzunehmen zuhanden des Protokolls. Die Kommission hat das festgestellt und dementsprechend auf eine Abstimmung verzichtet.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Schliesst sich der Stadtrat an?

Stadtrat J. Lisibach: Der Stadtrat schliesst sich dem an, entschuldigt sich für die Fehler und dankt Felix Helg für seinen geschulten Blick.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Diese Vorschläge sind 9:0 in der Kommission angenommen worden. Gibt es jetzt noch Ablehnungsanträge? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

In dem Fall habt Ihr die Produktegruppe Tiefbau abgenommen.

Die nächste Produktegruppe ist Entsorgung, auch da gibt es einen Antrag. Reto Diener bitte.

R. Diener (Grüne/AL): Wir hatten in diesen Budgets bei den parlamentarischen Zielvorgaben Werte von 50% für die **Zielerreichung drin beim Prozentsatz für die verwertbaren Reststoffe** von der Entsorgung der Stadt Winterthur. Wenn man da ein bisschen zurückschaut, sieht man, dass man 2013 den Wert effektiv auf 54% hatte. 2015 war es ein Wert von 52%, der festgestellt wurde. Lediglich 2014 war er nur 48%. Der Grund war, dass man in jenem Jahr einen sehr grossen Ausfall hatte in der KVA, damals war nämlich der Bunkerbrand und man konnte die Kehrrichtschlacke nicht verwerten. In der Kehrrichtschlacke hat es einen sehr hohen Metallanteil, den man sehr gut herausgewinnen kann, dieser macht in diesem Betrag eine ziemlich grosse Zahl aus. Der grösste Posten ist natürlich die Grüntour, die verwertbare

Reststoffe beim Abfall aufsammelt. Aber diese Metalle machen auch ziemlich viel aus. Deshalb hatten wir dort den Eindruck, dass die 50%, die beim Budget 2016 standen, zu tief sind. Ich beantrage, dass wir wieder **auf 53%** gehen, damit wir den Wert sichtbar und deutlich beibehalten und versuchen können, ihn in Zukunft vielleicht sogar ein wenig zu verbessern. Danke für die Unterstützung.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Möchte sich dazu noch jemand äussern?

H.-R. Hofer (SVP): Aus unserer Sicht macht es schlicht keinen Sinn, wenn man da eine Zielvorgabe beschliesst, die man nicht oder fast nicht beeinflussen kann. Ebenso macht es keinen Sinn, wenn man ein Angebot schafft, das besteht, wie z.B. PET-Sammelstellen in den Läden, oder wenn die Stadt private Anbieter konkurrenziert. Deshalb sagen wir Nein zur Erhöhung des Indikators.

M. Nater (GLP/PP): Die Entsorgung ist zertifiziert nach dem Umweltmanagement-System 14001. Dort gibt es Verbesserungen bei den Umweltleistungen, die v.a. über die Ziele gesteuert werden. Ich kann auch sagen: Die Ziele sind der Hinweis auf das beabsichtigte Ergebnis. Wie Reto schon sagte, haben wir schon 2013 54% erreicht. 2014 und 2015 war das ein bisschen tiefer gemäss den Ausführungen von Reto. Jetzt wird von einer Minderheit versucht, das Umweltziel, das ohnehin schon bei 53% oder 54% liegt, auf 50% zu belassen. Das ist leider nichts anderes, als dass da der Leistungsgedanke nicht mehr angewendet wird und eine Verschlechterung der Recyclingquote scheinbar beabsichtigt wird, weil das Ziel neu 50% sein soll. Die vorgeschlagenen 53% sind hoch gesetzt, sondern da muss nach Vorschrift gearbeitet werden. Der Pirat und die GLP wollen die Effizienz und die Leistung auch in der Ökologie, von daher werden wir klar für die Erhöhung der Recyclingquote stimmen.

F. Landolt (SP): Es ist natürlich schon die Frage, ob man diese Zielgrössen wirklich wesentlich beeinflussen kann, das ist eine offene Frage. Wir möchten den Antrag aber unterstützen und wir wollen in der BBK im nächsten Jahr, auf das nächste Budget hin, diese Debatte nochmals führen, ob man diese Steuergrösse beibehalten will, weil sie steuerbar ist, oder muss man sie streichen, weil sie grösstenteils nicht steuerbar ist. Für dieses Jahr unterstützen wir die Erhöhung, weil sie auch ökologisch und vom Umweltgedanken her ein Ansatz ist.

Stadtrat J. Lisibach: Der Stadtrat stimmt diesem Antrag nicht zu. Das ist nichts Weltbewegendes. Aber für mich ist dieser Antrag ein bisschen «Chabis», aber Chabis würde ja genau die Recyclingrate wieder erhöhen, was im Sinne des Antrages ist. Es ist erwähnt worden: Man hat da begrenzt Einfluss auf das Ganze, was gesammelt wird im Recyclinghof Maag, was gesammelt wird bei den privaten Grossanbietern, was für elektronische Geräte im Fachhandel abgegeben werden – das ist da alles nicht eingerechnet. Winterthur hat eine relativ hohe Rate, was das anbelangt. Es sind auch ein bisschen Zufälligkeiten dabei, das muss man auch anerkennen. Wer möglichst wenig Gebührensäcke brauchen will, soll sie nicht stopfen, bis sie reissen, sondern soll den Abfall trennen und dann ist das Ziel auch erreicht. Danke für die Ablehnung.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag, die Messgrösse von 50 auf 53% heraufzusetzen, zustimmen möchte, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer dagegen ist, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Ihr habt diesen Antrag mit grosser Mehrheit angenommen und somit auch die entsprechende Produktegruppe Entsorgung abgenommen.

Produktegruppe Vermessung: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Baupolizei: keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Städtebau: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Departement Sicherheit und Umwelt

Produktegruppe Stadtrichteramt: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Stadtpolizei: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Betrieb Parkhäuser und Parkplätze: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Lebensmittelinspektorat: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Lebensmittelinspektorat: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Melde- und Zivilstandswesen: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Schutz und Intervention Winterthur: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Umwelt- und Gesundheitsschutz: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Departement Schule und Sport

Stadtrat St. Fritschi: Einfach zur Information: Weil die Volksschule ja eine speziell komplizierte Organisation ist, haben wir einen Vertreter der Kreisschulpflege hier, der auch noch für Fragen da wäre, wenn es etwas geben würde, das speziell die Kreise betreffen würde: Ruedi Ehrsam, Präsident des Kreis Mattenbach-Seen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur ersten Produktegruppe, das ist Volksschule. Da haben wir einen Antrag, ich bitte Gabi Stritt, diesen zu begründen.

Produktegruppe Volksschule

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion stellt den Antrag um eine Erhöhung des Globalkredites in der Produktegruppe Volksschule. Um was geht es da? Es geht um die Schulsozialarbeit. Es ist so, dass seit der Einführung der Schulsozialarbeit im Jahr 2006 schon mehrere Vorstösse eingereicht wurden. Diese waren immer mit der Forderung verbunden, dass man die Wirkung und den Nutzen dieses Bereiches überprüfen würde, denn bis heute sind in der Schulsozialarbeit keine Qualitätsindikatoren ausgewiesen. Im Jahr 2012 hat man ein Postulat eingereicht (dabei waren mehrere Fraktionen beteiligt) und das Postulat 2012.033 ist mit einem Bericht im Dezember 2013 dann vom Stadtrat beantwortet worden. Der Stadtrat und die Zentralschulpflege haben die Bereitschaft geäussert, dass man die Schulsozialarbeit analysieren würde und dass das auch eine Chance wäre für die Weiterentwicklung. Diese Analyse wurde für das Jahr 2015 in Aussicht gestellt, wurde dann aber aus finanziellen Gründen zurückgestellt. Das Konzept der Schulsozialarbeit stammt aus dem Jahr 2007. Zwischenzeitlich ist die Schulsozialarbeit im Kanton Zürich im Gesetz verankert und schon aufgrund dessen hat es sicher in diesem Konzept verschiedene Änderungen und Anpassungen, die passieren müssten.

Warum ist es so wichtig, dass man diese Schulsozialarbeit überprüft und warum ist jetzt auch die Erhöhung dieses Globalkredites gefordert? In der letzten Zeit stiegen die Schülerinnen- und Schülerzahlen in Winterthur stetig und steigen weiter. Es gibt neue Schulhäuser, es gibt

eine stetige Herausforderung mit verhaltensauffälligen Kindern, steigende Kosten in der Sonderschulung und man hat verschiedene Quartiere mit starken Belastungen, die sich auch in der Schule zeigen. Gerade aufgrund dieser Entwicklungen ist es notwendiger denn je, dass die vorhandenen Mittel in der Schulsozialarbeit wirklich sorgfältig ausgegeben werden und dass man mit diesen sorgfältig umgeht. Das heisst, dass die beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen dort eingesetzt werden sollen, wo der Bedarf am Notwendigsten und auch ausgewiesen ist, wo auch der grösstmögliche Nutzen erreicht werden kann. Damit das möglich ist, müssen klar definierte Kriterien bestehen und eine Steuerung vorhanden sein. Um diese Grundlage zu schaffen, ist eine Überprüfung dieses Bereiches notwendig. Eine solche Analyse, das sah man auch im Bericht zu diesem Postulat, kann man nicht einfach so im Alltag leisten, sondern da braucht es eine externe Begleitung und Unterstützung.

Die Erhöhung des Globalkredites: Ursprünglich hat die SP-Fraktion den Antrag gestellt, den Globalkredit um 45'000 Fr. zu erhöhen, um diese Analyse zu machen. Bei den Diskussionen mit verschiedenen Fraktionen hat sich gezeigt, dass ein Antrag in dieser Höhe keine Mehrheit finden würde. Deshalb stellen wir jetzt den Kompromiss-Antrag, der lautet: **Der Globalkredit des Produkt Volksschule soll um 25'000 Fr. erhöht werden.**

Es ist klar, dass mit diesen beschränkten Mitteln nicht die gleich umfassende Analyse durchgeführt werden kann. Trotzdem besteht aber die Möglichkeit, Aussagen zu bekommen, die für die Weiterentwicklung sinnvoll sind und auch über Wirkung und Nutzen Klärung bringen können. Vielleicht ist es dann auch so, dass aufgrund dieser beschränkten Ressourcen eine höhere Eigenleistung vom DSS nötig ist. Ich möchte die Erhöhung dieses Globalkredites beliebt machen und hoffe, dass eine Mehrheit, gerade auch im Interesse der Finanzen und der Qualität, das unterstützt.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Nur als Rückfrage: Die 45'000 Fr. gelten nicht, sondern es sind 25'000?

G. Stritt (SP): Einfach von 45'000 auf 25'000, ansonsten ist es der genau gleiche Antrag.

G. Gisler (SVP): Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Schulsozialarbeit in Winterthur als unterdotiert gilt. Nur um erneut festzustellen, dass es so ist, braucht es keine Studie. Im Jahr 2012/13 war der Kanton bei durchschnittlich 651 Schülerinnen und Schüler pro SchulsozialarbeiterIn, in Winterthur war dieser Durchschnitt bei 1'038 Schülerinnen und Schülern. Gemäss Richtlinien des Kantons sollten es 600 – 900 SchülerInnen pro 100%-Stelle sein. Der Lagebericht zur Schulsozialarbeit im Kanton Zürich ist erst im Juni 2016 veröffentlicht worden vom Amt für Jugend und Berufsberatung. Dadurch haben wir eigentlich ziemlich aktuelle Zahlen aus den Befragungen. Unseres Erachtens genügt dieser Bericht und kann sehr wohl auch für Winterthur als hilfreich erachtet werden. Studien braucht es, um Resultate aus Statistiken etc. zu wieder relativieren. Die SSA beruht auf Freiwilligkeit, d.h. die Schülerinnen und Schüler resp. deren Eltern können nicht zur Mitarbeit verpflichtet werden. Die Ressourcen sind gemäss unserem Erachten dort sinnvoller einzusetzen, wo von Seiten der Schulleitung oder der Schulpflege auch wirklich Massnahmen angeordnet werden können. Dazu genügt die interne ständige Überprüfung, die im DSS vorgenommen wird. Von Wartelisten ist uns nichts bekannt. Ausserdem beschäftigt das DSS extra eine Mitarbeiterin, die alle diese Einsätze koordiniert. Es kann nicht sein, dass da nun neue Begehrlichkeiten geweckt werden. Noch eine Bemerkung zum Schluss von diesem Lagebericht, wonach (ich zitiere) «hinsichtlich der Wirkung des Angebots grosser Forschungsbedarf besteht». Dem ist wohl nichts entgegenzusetzen. Wenn die eigene Berufsgruppe das Resultat selber bearbeitet, wird es kaum so sein, dass es dann heisst, die SSA habe keine oder zu wenig Wirkung. Ausserdem ist es nicht ausschliesslich Sache der Öffentlichkeit, Forschungsarbeit anzustossen und damit auch vollumfänglich zu finanzieren. Aufgrund der eben aufgeführten Gründe wird die SVP-Fraktion den Antrag dieser Budgeterhöhung nicht unterstützen.

K. Gander (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL unterstützt den vorliegenden Antrag, einmalig den Globalkredit nun neu nur noch um 25'000 Fr. zu erhöhen. Mit diesem Geld soll die Schulsozialarbeit einer systematischen Überprüfung unterzogen werden. Wir alle wissen,

dass die Schulsozialarbeit in Winterthur eine Erfolgsgeschichte ist, die locker viel mehr Stellenprozentage brauchen könnte. Da das zurzeit aber nicht zur Diskussion steht, geht es darum zu schauen, wie man die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen möglichst zielgerichtet und optimal einsetzen kann, damit sie möglichst vielen Kindern einen grossen Nutzen bringen. Um das herauszufinden, braucht es eine Evaluation, die die nötigen Kennzahlen und Fakten liefert, damit sich das Erfolgsmodell Schulsozialarbeit weiterentwickeln kann. Ich bitte Sie um eine wohlwollende Zustimmung.

M. Zehnder (GLP/PP): Auch wir von der GLP/PP-Fraktion werden diesem Antrag um Erhöhung des Globalkredites der Volksschule nicht zustimmen. Wir finden natürlich unbestritten, dass die SSA einen wichtigen Dienst macht und dass es eine wichtige Stelle ist in der Volksschule, die angegangen werden kann bei Problemen von Schülern, Eltern oder auch Lehrern. Eine vertiefte Evaluation mit zusätzlichen Geldern finden wir aber deshalb nicht notwendig, weil ja, wie schon gesagt wurde, ständig Evaluationen gemacht werden. Wir haben Mitarbeitergespräche in der SSA, die definitiv dazu führen, dass ein gewisses Sensorium da ist. Wir haben Evaluationsberichte von jeder einzelnen Schule zur SSA, die zeigen, wie die Befindlichkeit im Allgemeinen ist. Von jeder SSA-Stelle gibt es einen Jahresbericht, der geschrieben wird. Daraus kann ja die ZSP oder der Stadtrat herauslesen, ob man dringend etwas machen muss. Dafür braucht es keinen zusätzlichen Bericht und es braucht auch nicht Leute, die Stunden investieren, um alles Mögliche zu evaluieren, was ja u.a. auch schon in diesem Bericht evaluiert wurde, den man vom Kanton erhalten hat (der gerade letztes Jahr noch fertiggestellt wurde). Wir sehen deshalb keinen Handlungsbedarf, um den Globalkredit zu erhöhen und da jetzt etwas zu machen, das unter dem Tagesgeschäft bereits läuft. Diese Evaluation, wie die SSA gestellt ist oder gestellt werden muss oder wo dass es noch mehr Leute braucht oder wie die verteilt werden müssen – all das ist im Tagesgeschäft drin oder dann kann man das spätestens im Jahresbericht oder in einem Evaluationsbericht herauslesen. Deshalb sind wir der Meinung, dass es da nicht noch zusätzliche Berichte braucht. Wir lehnen den Antrag ab.

Ch. Magnusson (FDP): Der Vorstoss, den Gabi Stritt erwähnt hat, ist ja auch von der FDP mitunterzeichnet und eingereicht worden. Damals sagte der Stadtrat, es brauche ca. 70'000 Fr. für so eine detaillierte Evaluierung, was man da machen könnte. Dann kam die SP und sagte, mit ca. 45'000 Fr. könne man das auch machen. Wir sind froh, dass der Antrag jetzt nur noch 25'000 Fr. ist und werden diesem abgespeckten Kreditantrag entsprechend auch zustimmen. Aber wir erwarten kein Gefälligkeitsgutachten, das uns am Schluss nur wieder sagt, dass die Schulsozialarbeit unterdotiert sei und dass man eigentlich dasselbe machen solle mit etwas mehr Leuten. Und wir erwarten, dass man aus dieser Untersuchung sieht, wie man die vorhandenen Mittel möglichst optimal einsetzen kann. Also eine fokussierte, möglichst konkrete Anleitung für die Aufsetzung des ca. 1 Mio.-Kredites, den man hat für die Schulsozialarbeit. Denn gerade wegen der Tatsache (deshalb sind 25'000 Fr. vielleicht auch etwa angemessen), dass wir sehr viele Informationen bereits haben, geht es darum, diese einmal zusammenzutragen und eine Quintessenz für Winterthur und für die einzelnen Schulen, die sich mit der Schulsozialarbeit arrangieren müssen, ein Fazit, zieht und eine Anleitung schreibt, wie man dieses Geld am Sinnvollsten einsetzt. In dem Sinn unterstützen wir den Antrag und wie wir das sehen, werden wir jetzt links-grün zum Durchbruch verhelfen damit, aber es geht hier um die Schule und da sind diese Links/Rechts-Voten nicht immer angebracht. Danke für die Unterstützung.

Y. Gruber (EVP/BDP): Ich möchte meinen Vorrednerinnen und Vorrednern, speziell Christoph Magnusson, danken, es ist sehr schön, dass Ihr diesen Antrag auch unterstützt. Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt die Erhöhung um die 25'000 Fr. - im Sinn, dass wir uns erhoffen, eine Kostensenkung herbeiführen zu können, wenn man Ressourcen optimiert einsetzen kann. Es ist, wie Sie gehört haben, schon längst überfällig, da der Entscheid bereits rund 10 Jahre vor sich hergeschoben wurde.

A. Geering (CVP/EDU): Ich bin jetzt seit ein paar Wochen in diesem Gemeinderat und frage mich heute Abend, ob ich wohl stattdessen eher in einem orientalischen Basar bin. Wir haben da Kosten für eine Studie, die zuerst 70'000 Fr. war, dann wurden es 45'000 Fr. beim ursprünglichen Antrag und jetzt sind wir noch auf 25'000 Fr., mit denen immer noch das Gleiche herausgefunden werden soll wie am Anfang. Wir fragen uns in der CVP/EDU-Fraktion, wie das denn gehen solle. Das Postulat 2012.33, das schon einige Male erwähnt wurde heute Abend, hat der Stadtrat dazumals beantwortet und sagte, im Jahr 2014/15 ist kein Geld vorhanden für eine solche Studie und man könne stattdessen die Schulsozialarbeit auch so weiterentwickeln. Ich zitiere: «Der Stadtrat und die Zentralschulpflege können sich eine auf Theorie gestützte Weiterentwicklung des Schulsozialarbeit-Konzeptes auch ohne Analyse vorstellen. Sie sind bereit, diesen anspruchsvollen, mehrjährigen Prozess ab 2015 zu starten.» Von daher gehe ich davon aus, dass der Stadtrat und die Schule da auf einem guten Weg ist bei der Weiterentwicklung dieser Schulsozialarbeit und bin insofern gespannt, dann bei Gelegenheit einmal zu hören, wie die Entwicklung weiterläuft. Ich nehme an, das ist ein rollendes Weiterentwickeln, wo man dran ist – immer wieder, immer wieder neu – aus dem Alltag heraus, aus der Erfahrung heraus, die man im Alltag macht. In dem Sinn sieht die CVP/EDU-Fraktion den Bedarf dieser Studie nicht und wird den Antrag ablehnen.

Stadtrat St. Fritschi: Zuerst möchte ich schon klarstellen: Es ist nicht einfach so, dass man das Gleiche bekommt für einen kleineren Betrag. Das haben wir ganz klar in der Kommission gesagt. Wir können auch eine Studie in Auftrag geben für 45'000 Fr., aber da wird weniger herauskommen, da wird weniger Substanz da sein. Wir können auch für 25'000 Fr. etwas wollen, aber es kommt dann noch ein bisschen weniger heraus – es ist nicht so, dass man wie am Basar am Schluss das Gleiche für einen kleineren Betrag bekommt. Das sind ganz verschiedene Paar Schuhe, die man da bestellt, und das bekommt man dann auch. Der Stadtrat bleibt bei seiner Ansicht, dass man das Budget nicht erhöhen will (es ist ja nicht das einzige Mal heute, wo der Gemeinderat das Budget erhöhen möchte und der Stadtrat der Meinung ist, so wie er das Budget beantragt hat, ist es richtig), und bleibt deshalb beim ursprünglichen Budget-antrag. Ihr könnt selbstverständlich auch einen anderen Entscheid fällen. Etwas muss ich aber schon sagen: Die Hoffnung, dass man mit dieser Studie dann die Kosten bei der Schulsozialarbeit senken kann, die kann ich Euch jetzt schon wegnehmen. Das wird sicher nicht der Fall sein, aber es ist natürlich so, dass jede Erhöhung der Schulsozialarbeit nicht in der Kompetenz des Stadtrates ist, sondern das wird dann alles auch hier drinnen diskutiert, denn das ist in der Kompetenz des Gemeinderates. Jede Erhöhung müsst Ihr bewilligen. Aber die Hoffnung, dass wir am Schluss einsparen können, nur weil wir eine Studie machen – die möchte ich Euch jetzt schon nehmen, das ist wirklich eine falsche Hoffnung.

G. Stritt (SP): Ich möchte einfach nochmals sagen, dass es überhaupt nicht darum geht, dass man die Schulsozialarbeit erhöht und damit mehr Kosten generiert, sondern es geht darum: Die Schulsozialarbeit muss ein grösseres Volumen bewältigen (mehr Kinder, mehr Schulhäuser – das entwickelt sich einfach, das kann man nicht ändern), und es geht darum, dass die Schulsozialarbeit den bestmöglichen Nutzen mit dem, was sie zur Verfügung hat, erbringen kann. Und dafür braucht es einfach einmal eine Überprüfung und eine Analyse. Es geht wirklich nicht darum, dass man Kosten einspart – aber auch nicht Kosten erhöht durch zusätzliche Stellen. Das wollte ich einfach noch sagen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Globalkredit um 25'000 Fr. erhöhen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer diesen Globalkredit nicht erhöhen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Das ist ganz klar die Minderheit.

Ihr habt der Erhöhung des Globalkredites um 25'000 Fr. zugestimmt. Entsprechend beträgt der neue Globalkredit für die Produktegruppe Volksschule 181'317'330 Fr.

Produktegruppe Einkauf und Logistik Winterthur: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Sonderschulung: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Familie und Betreuung

G. Stritt (SP): Die BSKK stellt den Antrag, dass man bei den Zielvorgaben eine kleine Veränderung vornimmt und **statt «Anzahl Kurse Deutsch mit Kinderbetreuung», die 36 wäre, neu auf die Anzahl Lektionen setzen würde.** Das deshalb, weil das etwas mehr Flexibilität bietet, es ist möglich, dass man intensivere Kurse durchführen könnte (d.h. weniger Kurse mit etwas mehr Lektionen), aber schlussendlich mit dem gleichbleibenden Lektionentotal. Die Leistungsvereinbarung, die man mit der externen Organisation (ECAP) hat, basiert auch auf der Anzahl Lektionen (1440 Lektionen). Das wäre in dem Sinn das, was der Alltag auch beinhaltet und ohnehin jetzt schon so ist.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Möchte sich der Stadtrat da anschliessen?

Stadtrat St. Fritschi: Wir sind einverstanden mit diesem Vorschlag.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: **Dieser Vorschlag wurde in der Kommission einstimmig angenommen und entsprechend auch hier im Grossen Gemeinderat. Damit haben wir auch die Produktegruppe Familie und Betreuung abgenommen.**

Produktegruppe Berufsbildung: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Sportamt: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Departement Soziales

Produktegruppe Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe ist Sozial- und Erwachsenenhilfe

S. Büchi (SVP): **Wir stellen den Antrag, den Globalkredit um 1.2 Mio. zu reduzieren.** Das ist der Betrag für die neuen Stellen. Wir haben letzte Woche bei der Eröffnung gesagt, dass wir grundsätzlich dagegen sind, in dieser finanziellen Lage können wir schlichtweg keine neuen Stellen schaffen. Ich will nicht auf die einzelnen Kategorien im Detail eingehen, es ist uns klar, dass wir mit dem Antrag nicht durchkommen werden. Aber wir wollen das Statement klar platzieren, dass wir damit nicht einverstanden sind. Explizit möchte ich noch auf den Büro Bass-Teil eingehen: Da müssen wir uns nochmals in Erinnerung rufen, der Büro Bass-Report sagte, dass es mehr Stellen braucht. Diese Stellen sind jetzt da drin. Was dahinter steckt, ist ja nicht per se falsch. Es ist natürlich selbstverständlich, dass man jungen Erwachsenen, die in eine schlechte Situation kommen und auf Sozialhilfe angewiesen sind, besonders hilft und dass man dort spezielle Massnahmen treffen muss. Aber das ist eine Priorisierung und nicht eine Begründung, um wieder sehr viel neue Stellen zu schaffen. Deshalb stellen wir den Antrag, den Globalkredit um die rund 1.2 Mio. zu reduzieren.

D. Schneider (FDP): Wir als FDP bekamen einen Schock, als wir den Stellenplan sahen in diesem Budget. Wir haben uns aber entschieden, in diesem Fall in diesem Jahr dem Stadtrat

zu folgen mit diesen Stellen. Man kann es vielleicht generell so sagen: Es ist wie eine Therapie. Der ganze Bereich Sozial- und Erwachsenenhilfe kommt ein bisschen auf den Schragen und jetzt schauen wir in diesem Jahr, was diese Therapie bringt mit dieser Aufstockung der Stellen. Zum Teil sind sie ein bisschen kompliziert im Asylbereich, wo man einfach nachfahren muss, weil auch der Bund teilweise finanziert (nicht mehr kostendeckend wie früher). Was uns bewogen hat, jetzt bei dieser therapeutischen Stellenaufstockung zuzustimmen, ist: Der Stadtrat hat, für mich glaubhaft, dargelegt, dass die Wirksamkeit dieser Bass-Stellen überprüft werden kann. Es ist eine Bemühung da und ich finde, das muss man auch gelten lassen. Wir als FDP haben dem Bass-Bericht grundsätzlich positiv zugestimmt, obwohl es jetzt auch ein bisschen unangenehm ist. Wir haben einen Bericht bekommen von Dietikon, der zeigt, dass mit dieser engeren Begleitung im Sozialhilfebereich doch die Sozialhilfequote gesenkt werden kann. Und das wollen wir ja sehen. Der grösste Kostentreiber ist die ganze Wohnsituation, dort hat es auch eine Stelle, die das ganze Wohnungsmanagement durchschaut. Dann die Stelle zu schaffen, mit der man die jungen Erwachsenen wegbringt von der Sozialhilfe, wo man ja gehört hat, dass mittlerweile mehr als 10% auf der Sozialhilfe sitzen von den jungen Erwachsenen, das lohnt sich auch meiner Meinung nach auch, das therapeutisch zu machen. Wir haben uns überlegt, ob die Stellen befristet sein sollten. Wir haben das verworfen, denn befristete Stellen machen die Rekrutierung von guten Leuten schwierig. Wir schauen einmal gut hin, es wird ein Jahr der Beobachtung sein. Im September 2017 wird die ZHAW-Studie fertig sein, die bereits 4 Stellen, die befristet waren, im gleichen Rahmen geschaffen hat. Dann wird man eine Rückmeldung haben, ob das etwas bringt. Wenn es nichts bringt, müssen wir im nächsten Jahr weiter schauen. Die FDP ein bisschen knurrend der ganzen Geschichte in diesem Jahr zu.

J. Altwegg (Grüne/AL): Der Antragsteller Simon Büchi weiss schon, dass es nicht durchkommen wird, und bringt deshalb gar nicht erst Argumente, wieso man seinen Antrag annehmen sollte. Seine Taktik ist, die Hand in den Schoss zu legen – vielleicht lösen sich diese Probleme ja ganz von alleine. Das Büro Bass hat ja sehr klar aufgezeigt, wie man herangehen kann und etwas ändern kann. Man muss etwas anders machen, wenn sich Probleme lösen sollen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn da plötzlich Probleme gelöst werden, die die SVP schon seit Jahrzehnten bewirtschaftet. Das ist natürlich etwas heikel. Ich mache es kurz: Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag natürlich ab.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion lehnt den Antrag der SVP zur Kürzung des Budgets in der Sozial- und Erwachsenenhilfe ab. Zum einen sind die neu geschaffenen Stellen in Bereichen angesiedelt, in denen ein deutlicher Handlungsbedarf besteht und wir schon lange eine Anpassung der Falllast fordern. Zum anderen sind im Asylbereich Stellen mit dabei, die vom Kanton aus diktiert werden und für uns, als städtisches Parlament, kein Handlungsspielraum besteht. Die EVP/BDP nimmt mit Besorgnis die weiter steigende Zahl der geführten Erwachsenenschutzmassnahmen zur Kenntnis. Es muss daher dringend gehandelt werden. Im Sozialbereich sollte es Auffangnetze geben, keine Hängematten. Erstere haben, wie im Namen erwähnt, die Funktion vom Auffangen. Personen da drin liegen zu lassen ist menschenunwürdig und kommt uns teuer zu stehen. Die Problematik löst sich nicht in Luft auf. Die Stellen beim DSO tragen dazu bei, mit vereinten Kräften diese Menschen aus diesem Netz zu bergen und sie wieder auf die eigenen Füße zu stellen. Das kostet Zeit, Einsatz und viel Geld. Wenn ich das Bild der Auffangnetze und der Hängematten benutze, so äusserere ich mich auch noch kurz zu der zweiten. Stellen in den Sozialversicherungen sollen verhindern, dass es Hängematten gibt. Sie sind eine gezielte Stärkung der Abklärung bei Neuanmeldungen sowie vermehrte Kontrolle der laufenden Fälle. Diese sind von der SVP gefordert und jetzt auch geschaffen worden. Das müsste also von Euch auch unterstützt werden. Wir verstehen, dass das Budget von der Sozial- und Erwachsenenhilfe 2017 schlucken lässt und sind jedoch der vollen Überzeugung, dass die Analyse des Büro Bass langfristig ein Instrument zur Eindämmung der Kosten ist. Mit der Annahme des Budgets nehmen wir unsere Verantwortung und unseren Handlungsspielraum wahr und agieren engagiert und zukunftsorientiert.

K. Cometta (GLP/PP): Ich kann es auch kurz machen: Diese Stellen sind Investitionen, die dem Zweck dienen, dass man das Kostenwachstum in den Griff bekommen kann, weil man Kosten sparen kann. Mit diesen Stellen kann man bessere Kontrollen machen und man kann auch die Leute, die Sozialhilfeempfänger, enger begleiten und auch probieren, sie wieder aus der Sozialhilfe herauszubringen. Gerade die Fachstelle Junge Erwachsene, von der Simon Büchi sagte, sie mache ja noch Sinn, da spart man über sehr viele Jahre Geld, wenn ein 20jähriger wieder aus der Sozialhilfe herauskommt als wenn er die folgenden 40 Jahre drin ist. Es gibt auch die äusseren Faktoren wie die steigende Falllast oder auch der erwähnte Asylbereich, die es eigentlich auch intuitiv nachvollziehbar machen, warum es mehr Stellen braucht. Selbstverständlich werden wir aber auch künftig überprüfen, ob diese Massnahmen wirklich zielführend sind und ob man die Kosten in den Griff bekommt. Im Moment denken wir aber schon, dass man sich nicht von den Ideologien leiten lassen sollte, sondern dass man als guter Geschäftsmann auch Investitionen in die Zukunft tätigen sollte.

B. Helbling (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der SVP ebenfalls ab. Es wurde eigentlich alles schon gesagt, ich möchte einfach nochmals erwähnen: Die 11.3 Stellen, die wegen der Kontingentserhöhung gesprochen werden sollen, sind mehr oder weniger refinanziert. Und die 3 Stellen, die wegen dem Büro Bass-Bericht jetzt gesprochen werden, da hat man wirklich eine sehr gute Auflistung bekommen, auch mit den Kostenfolgen und auch einer erwarteten Entwicklung im IAFP. Ich denke, dass da wirklich gar nichts dagegen spricht, diese entsprechend umzusetzen.

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion wird die beantragten Stellen für die sozialen Dienste unterstützen. Wir sind der Meinung, dass das Büro Bass während langer Zeit gründliche Arbeit gemacht hat und ebenfalls gutes Geld damit verdient hat. Ein Teil der Ergebnisse dieser Studie sind eben diese Stellenaufstockungen in einigen Bereichen der Dienste. Es wäre somit fahrlässig, das Resultat dieser Untersuchung durch Korrekturen oder Streichungen zu verändern. Die CVP/EDU-Fraktion hofft, dass die sozialen Kosten durch die Büro Bass-Studie endlich weniger werden, das ist eigentlich auch das Ziel davon.

Stadtrat N. Galladé: Ganz herzlichen Dank für diese sehr differenzierte Debatte und Auseinandersetzungen jetzt zu diesen Stellenanträgen. Ich nehme zur Kenntnis, dass ein relativ breites Wohlwollen da ist zu diesen Stellenerhöhungen, zu denen man auch eine sehr gute Diskussion in der SSK führen konnte. Dort konnte man einerseits von der Analyse her aufzeigen, wie wir zu unseren Kostenrechnungen kommen (da konnten wir belegen, dass wir jetzt eigentlich da auf gutem Weg sind, was die Berechnung/Prognose betrifft, das hat ja Büro Bass auch erwähnt), man konnte auch aufzeigen, dass die Massnahmen, man hat es vorher aus verschiedenen Voten gehört, sich eben auch rechnen, dass die durchaus auch eine ökonomische Wirkung haben. Dass die Menge von Stellen, wie man von Herrn Büchi gehört hat, auch ein bisschen differenziert aufgelistet werden kann, dass es da auch Stellen hat aus dem Asyl, die bereits für gebunden erklärt wurden, wie auch schon gesagt wurde. Aber, das konnte man aufzeigen, sowohl in der Rechnung bzw. im Budget 2017 wie auch im IAFP 2018-20 haben wir da auch Effekte drin, die kumuliert auf die nächsten 4 Jahre eigentlich Verbesserungen bringen würden unter dem Strich (2.4 Mio., so wie man es jetzt drin hat). Es ist durchaus auch eine Investition. Herr Schneider sagte, wir hätten den Schock etwas abmildern können, das ist vielleicht der therapeutische Teil. Sonst glaube ich, ist es wirklich mehr ökonomisch als therapeutisch. Man kann dem knurrend zustimmen, man aber auch einfach begleitend zustimmen. Man kann durchaus auch kritisch begleiten, auch kritisch hinterfragen (Frau Cometta hat das angetönt), und wir haben auch aufgezeigt, dass wir sicher im Laufe des Jahres (zuerst muss man die Stellen dann auch wirklich besetzen können und die Wirkung erzielen) mit den entsprechenden Kennzahlen in der SSK dann auch wirklich schaut, in welche Richtung es geht. Aber ich denke, im Grossen und Ganzen haben wir nun doch aus dieser ganzen Geschichte heraus (in der man das Thema auch sehr emotional besprochen hat, was dann zu dem Postulat Büro Bass von Michael Zeugin und anderen geführt hat, das der Grosse Gemeinderat dann einstimmig unterstützt hat, das wir als Stadtrat auch entgegengenommen haben und unter breitem Einbezug von allen Fraktionen und auch der Sozialhilfebehör-

den und anderen Fachleuten erarbeitet haben), jetzt einen ersten Block von Ergebnissen, die man jetzt relativ rasch beantragen kann und mit denen wir auch eine hohe Wirkung erzielen. Es hat noch andere Elemente drin, die wir selber angestossen haben (die aber dort auch vorgekommen sind), namentlich das Projekt Falllast, die ZHAW-Studie, die man anschauen wird und die dann bereits schon eine wissenschaftliche Auswertung ist dank dem Versuch, für den Sie die Mittel gesprochen haben und auf der politischen Ebene übergeordnet, und da sind wir auch auf die Unterstützung von Euch allen angewiesen, haben wir dann den Soziallastenausgleich. In dem Sinn besten Dank für das Vertrauen und die konstruktive Zusammenarbeit und die grösstmehrheitliche Zustimmung von all diesen, die mitspielen und sich nicht ins Abseits bewegen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der SVP um eine Reduktion des Globalkredits zustimmen möchte, möge das jetzt durch Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Das ist eine grosse Mehrheit. **Ihr habt diesen Antrag nicht bewilligt und damit die Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe gemäss Antrag des Stadtrates abgenommen.**

Produktegruppe Prävention und Suchthilfe

S. Büchi (SVP): Inhaltlich zum Bericht vom Büro Bass eine kurze Replik: Letzte Wochen waren einige Leute in diesem Saal erschüttert und fassungslos im Zusammenhang mit der Kürzung bei der IDW. Ich bin auch erschüttert und fassungslos, das Thema haben wir lange besprochen und hatten doch eine bürgerliche Mehrheit, dass man da ganz genau hinschaut. Jetzt sind wir mittlerweile leider noch die Einzigen hier im Raum, die bereit sind, da genauer hinzuschauen und wirklich etwas zu machen. Wenn man die Historie anschaut: Wir haben mindestens in den letzten 4-5 Jahren in diesem Bereich, in der Sozialberatung, immer neue Stellen geschaffen und die Lage ist immer noch schlimmer geworden. Natürlich muss das nicht zwingend eine Kausalität haben. Es ist nicht überzeugend, wenn man sagt, jetzt ist es ein Bericht vom Büro Bass und jetzt sind wir zuversichtlich, dass sich die Investition auszahlt, wie es Katrin Cometta sagte. Dieser Antrag, der zweite, ist ein kleinerer. Es geht explizit darum, **die Stellen, die jetzt für die Wohnhilfe geschaffen werden sollen, zu streichen.** Natürlich muss man hinschauen, aber das ist bereits im Auftrag mit drin, die Damen und Herren, die mit diesen Klienten zu tun haben, müssen sich auch darum kümmern. Es gibt keinen triftigen Grund, warum es das braucht.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag der SVP nicht. Vor einem Jahr ist da im Rat von der bürgerlichen Mehrheit eine konsequente Überprüfung der Wohnverhältnisse von Sozialbeziehenden gefordert worden. Jetzt ist genau das im neuen Budget berücksichtigt. Daher besteht aus unserer Sicht kein Grund, dagegen zu opponieren. Wer etwas bestellt, muss auch dafür zahlen und/oder die Ressourcen dazu bereitstellen. Zum Stichwort «Prävention» kann ich es nicht lassen, noch eine Bemerkung zur Antwort vom Stadtrat zu meiner schriftlichen Anfrage bezüglich der Sexualaufklärung in den städtischen Asylunterkünften zu machen. Wenn kantonale Vorlagen zu einem bestimmten Thema bestehen, an denen die Stadt nicht rütteln kann, dann ist das so zu akzeptieren. Gibt es, wie in meiner Anfrage gefordert, gestützt auf die Gemeindeautonomie Raum, tätig zu werden, soll und muss die Stadt ihre Verantwortung wahrnehmen. Es sieht so aus, als werde uns die Thematik Migrationsströme noch ein paar Dekaden lang beschäftigen. Daher reicht die Antwort, man habe kein Konzept zur ausreichenden Sexualgesundheitsvorsorge, einfach nicht aus. Ich schliesse die grosse Klammer und halte nochmals fest: Grundsätzlich ist Prävention meist gewünschter als Reaktion.

Stadtrat N. Galladé: Ich stelle fest, dass die inhaltliche Diskussion durchaus in der Kommission geführt wurde. Es ist nicht so, dass wenn man nicht dagegen ist, dass man nicht durch-

aus doch kritisch hinschaut, das konnte ich in der Kommissionsberatung auch feststellen. Man konnte aber sehr gut ausführen, wieso dass es gerade auch in diesen Bereichen wichtig ist, dass man die Leute aus den Notwohnstrukturen, in denen sie eben dauerhaft drin sind, auch wieder hinausbringen kann, dass es da auch eine gewisse Dynamik gibt. Es ist am Schluss immer eine Frage der Kapazität. Sie können schon sagen, der Sozialarbeiter solle auch noch Wohnraum akquirieren und der soll auch noch Sexualaufklärung betreiben und er soll auch noch dieses und jenes. Es ist einfach mit einer steigenden Falllast (und es ist mitnichten so, dass wir in den letzten 5 Jahren jedes Mal Stellen erhalten hätte, überhaupt nicht). Wir haben bereits verschiedene Deltas aufgezeigt, was eher beängstigende Bergaufstiege widergespiegelt hat, wo man sah, wie die Falllast ist, wie die Stellenanzahl ist und wie die Fallzahl pro Mitarbeitenden massiv in die Höhe steigt. Ich denke, es ist so: Wir haben einen gewissen Grundauftrag, es gibt auch Sachen (Frau Huizinga hat es gesagt), die auch noch nice to have wären, aber wir müssen es einfach mal auf das Wesentlichste beschränken. Wichtig ist, dass die Leute noch eine minimale gute Beratung haben, dass man gewisse Kontrollen machen kann, dass man aber auch schauen kann, dass im Wohnteil (1.5 Stellen für die zwei Dinge im Wohnbereich sind relativ wenig für das Quantum, das man zusammengelegt von Sozialhilfe- und Zusatzleistungsbezügern hat) etwas läuft. Es lohnt sich auf jeden Fall, aufgrund der Empfehlungen aber auch aufgrund der Forderungen hier drin im Parlament, dass man das macht. Ich bin zuversichtlich, dass sich das rechnen wird, da hat man gute Anhaltspunkte, aber man kann nicht nur sagen: Macht einfach immer noch mehr, ohne dass Ihr mehr Ressourcen habt. Man hat im Hintergrund auch Sachen, die man automatisiert hat, aber letztlich ist bei der Arbeit mit dem Menschen - am Menschen, wo es um Motivation geht und durchaus auch darum, Perspektiven zu entwickeln, die Leute weiterzubringen – die Rationalisierung dann irgendwann beschränkt. Das ist einfach eine Realität.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der SVP zur Reduktion des Globalkredites zustimmen möchte, möge das jetzt durch Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer den Antrag ablehnen möchte, bitte jetzt.

Das ist die grosse Mehrheit. **Ihr habt in diesem Fall dem Stadtratsantrag zugestimmt und die Produktegruppe Prävention und Suchthilfe entsprechend abgenommen.**

Produktegruppe Individuelle Unterstützung: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Spitex: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Alterszentren: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Beiträge an Organisationen: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Arbeitsintegration: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Departement Technische Betriebe

Produktegruppe Stadtwerk Winterthur

P. Rütsche (SVP): Zum Stadtwerk Winterthur gibt es zwei BBK-Anträge. Es geht um die Verpflichtungskredite. Das eine ist **20658 Marktauftritt 2015 – 2018**. Das ist im Buch noch als § (gebunden) drin. Die Kommission beantragt 9:0, dass man das **ändert als §**. Der zweite Antrag betrifft **20683 Beteiligung ZAV Recycling AG**. Dort hat man das Zeichen S drin. Auch dort beantragt die Kommission einstimmig, dass man das **in ein #-Zeichen abändert**.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Möchte sich der Stadtrat da anschliessen oder sich dazu äussern?

Stadträtin B. Günthard: Der Stadtrat schliesst sich an.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Gibt es jetzt noch gegenteilige oder Ablehnungsanträge? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit habt Ihr die Produktegruppe Stadtwerk abgenommen.

Produktegruppe Stadtbus Winterthur: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe FinöV Stadt: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Stadtgrün Winterthur: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Behörden und Stadtkanzlei

Produktegruppe Stadtkanzlei: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Finanzkontrolle: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Produktegruppe Ombuds- und Datenaufsichtsstelle: Keine Bemerkungen → **somit abgenommen.**

Wir sind beim Teil B des Budgets durch. Dann kommen wir zum Teil A. Hat da noch irgendjemand Bemerkungen zum Teil A? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit sind wir auch da durch.

Wir kommen zur Schlussabstimmung inklusive Novemberbrief mit den Anträgen gemäss Weisung:

Das Budget der Stadt Winterthur über Globalkredite und Leistungsziele der Produktegruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2017 wird genehmigt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte - wichtig ist, da anzumerken, dass die Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich noch nicht betroffen ist - also wer dem Budget ohne die Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich zustimmen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer dagegen ist? Wer sich enthalten möchte? – Niemand.

Damit habt Ihr das Budget einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag 2:

Das Budget der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2017 wird genehmigt.

Wer diesen Antrag genehmigen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer das nicht genehmigen möchte? Wer sich enthalten möchte?

Auch hier wird der Antrag einstimmig genehmigt.

Wir kommen zum Punkt 3, zum Steuerfuss und somit zur Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich. Wir haben da einen Antrag, Michael Gross bitte.

M. Gross (SVP): Die SVP stellt den Antrag, den Steuersatz von 124 wieder auf 122% zu senken und somit den Globalkredit um 5.7 Mio. Fr. zu erhöhen. Auch wir sind besorgt um die Finanzen der Stadt Winterthur. Abbau der Verschuldung und ein vorausblickendes Budget sind unserer Ansicht nach aber nur mit attraktiven Rahmenbedingungen zu erreichen. Der Steuersatz ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Rahmenbedingungen. Lassen Sie mich das kurz genauer erklären: Natürlich gibt es die Abhängigkeit zwischen dem Steuersatz und den Steuereinnahmen. Eine Untersuchung der Universität Bern zeigt: 1. Die Wahl des Wohnsitzes hängt entscheidend von der Höhe der Einkommenssteuern ab. 2. Reichere Haushalte ziehen mit höherer Wahrscheinlichkeit in eine steuergünstige Gemeinde als ärmere Haushalte. Wenn man in Zukunft die permanent steigenden Ausgaben nicht mit der Kreditkarte unserer Kinder bezahlen möchte, müssen wir steuerlich attraktiv bleiben. Es ist möglicherweise so, dass gute Steuerzahler wegen 2% nicht wegziehen, auch wenn wir erhöhen würden. Aber es ist mit Sicherheit so, und das ist bewiesen, dass bei unattraktiven Steuersätzen keine guten Steuerzahler mehr zuziehen und die natürliche Fluktuation nicht mehr kompensiert werden kann. Steuersätze verhalten sich paradox, d.h. wenn wir den Steuersatz senken (und das haben wir bereits einmal bewiesen), dann steigen die Steuereinnahmen. Winterthur hat 2012 den Steuersatz von 123 auf 122 gesenkt. Die Steuereinnahmen sind von 2012 auf 2014 um 23 Mio. (7.5%) gestiegen. Zusammenfassend heisst das: Wenn wir mehr Steuereinnahmen möchten, dann müssen wir die Steuersätze senken. Wir schaffen damit Voraussetzungen, dass auch einige gute Steuerzahler nach Winterthur zurückkommen.

Ich möchte noch etwas sagen zum Lastenausgleich, der von Yvonne beim letzten Mal angesprochen wurde. Auch wir sind der Meinung, dass die sozialen Lasten fair abgeglichen werden sollten. Es kann nicht sein, dass die umliegenden Gemeinden ihre Lasten – und jetzt sage ich ein böses Wort – systematisch auf Winterthur abschieben und gleichzeitig von unseren subventionierten Angeboten profitieren (Stichwort Hallenbad Geiselweid). Die SVP Winterthur kämpft auch für einen fairen Lastenausgleich. Gleichzeitig wollen wir aber die attraktiven Rahmenbedingungen, auch Winterthur attraktiver machen mit dem Steuersatz. Man kann das eine machen und das andere nicht lassen.

Ich komme noch zu den Ausgaben: Die Winterthurer Finanzen kranken nicht primär an den Einnahmen. Bekanntlich steigen die Ausgaben Jahr für Jahr. Yvonne Beutler hat uns in der letzten Sitzung mit einer emotionalen Rede ein wenig auf unsere Seite eingeschlagen, deshalb sage ich Dir zuliebe, Yvonne: Es würde uns leichter fallen, Deinen Argumenten zu folgen, wenn sie sachlich vorgelegt sind und weniger Widersprüche da sind. Bei den Ausgaben hast Du uns erklärt, dass die grossen Fortschritte (Du hast erzählt vom Putzlumpen zum Staubsauger) halt nicht mehr möglich sind. Eine halbe Stunde später dann haben wir über IT-Stellen gesprochen und dort sagtest Du, dass sich die Welt wahnsinnig schnell verändert. Ja, was ist es jetzt? Passiert nun etwas Globales oder etwas Starkes – oder passiert nichts? Wir sind der Meinung, die digitale Revolution hat schon lange begonnen. Alles wird digital. Wir sind auch sicher, dass die Stadt dort Potential hat, um Stellen zu verschieben oder sogar abzubauen. Irgendwann wird alles über eCommerce, wird alles über das Internet gemacht werden. Dann braucht es halt vielleicht nicht mehr so viele Schalter. Permanente Aufgabenprüfung heisst auch, sich zu überlegen, ob Tätigkeiten digitalisiert werden können (das ist übrigens auch für die Mitarbeiter wichtig, denn wenn man Mitarbeiter einfach dort lässt, wo sie heute sind, dann haben diese vielleicht in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr). Zum Abschluss nochmals zusammengefasst: Wann, wenn nicht jetzt? Wenn Sie gleichzeitig attraktive Rahmenbedingungen wollen und mehr Steuereinnahmen, dann müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Danke vielmal.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Besten Dank. Übrigens, wir sind wieder im Drehbuch auf p. 7.

St. Feer (FDP): Ich möchte zuerst Michael Gross danken für seine Ausführungen zur Standortattraktivität und dem Steuersatz, dieser Korrelation, die es da gibt. Die FDP unterstützt den

Antrag der SVP auf Zurückführung des Steuersatzes von 124 auf 122%. Die FDP war schon in der letztjährigen Budgetdebatte 2016 gegen diese Erhöhung und die Gründe dafür haben in der Zwischenzeit eher noch zugenommen als abgenommen. Der Mechanismus der letztjährigen Steuererhöhung hat auf dem Credo basiert «Wir akzeptieren keine rote Null» und das fand dann auch demokratisch legitimiert die Mehrheit des Parlaments. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass es legitim ist, eine rote Null zu budgetieren, denn eine rote Null hält permanent den parlamentarischen Druck auf die Verwaltung aufrecht. Nimmt man den Druck weg, schwächt man den kontinuierlichen Verbesserungsprozess, in dem sich die Stadt befindet und somit auch die laufenden Bestrebungen nach Prozessoptimierung, nach Verbesserung von eingesetzten Instrumenten (auch die Digitalisierung), nach der Nutzung der Chancen, die sich durch ein verändertes Umfeld ergeben. Das Umfeld verändert sich immer und das gibt eine Chance – auch Gefahren, aber man darf auch die Chancen sehen. Letztlich bietet auch die Erhöhung von Fähigkeiten der Mitarbeiter (Weiterbildung) Möglichkeiten, etwas gegen die steigenden Kosten zu machen. Ziel ist zwingend eine höhere Effizienz. Links wurde letztes Mal gesagt, Sparen bringe keinen Mehrwert. Das ist zum grossen Teil richtig, aber, liebe linke Parlamentsseite, Effizienz bringt einen Mehrwert, und zwar einen langfristigen Mehrwert, und an dem muss man gezielt arbeiten. Das kann man auch. Beim Thema Effizienz, da ist die Fraktion der Meinung, dass zwingend mehr drin liegt statt der rund 3'200 Stellenäquivalent, das sind rund 5'000 Angestellte. 5'000 Köpfe, die mitdenken – das ist ein gigantisches Potential, das die Stadt da hat an Wissen und Erfahrung. Dieses Wissen muss genutzt werden, das muss in den kontinuierlichen Verbesserungsprozess eingebaut werden. Wir von der FDP sind davon überzeugt, dass mehr drinliegt. Würde die Stadt die KVP konsequent durchziehen oder das Potential dieser 5'000 Leute entsprechend nutzen, bräuchte es nach unserer Sicht 2017 kaum mehr Mitarbeiter. Es ist eingangs gesagt worden: Man spricht von 38.2 neu zu schaffenden Stellen, denen stehen 3'200 bereits existierende Stellen gegenüber. Das ist 1.2% und es stellt sich da schon die Frage: Reden wir bei den 38 Stellen wirklich über das, worum es geht, oder sollten wir nicht besser über die 3'200 Stellen sprechen, die sich da irgendwo in diesen 450 Seiten «verbergen» oder zwar irgendwo ausgewiesen werden, aber in den meisten Fällen sehr wahrscheinlich nicht so transparent dargestellt sind. Soviel zum Thema kontinuierlicher Verbesserungsprozess.

Ich gehe noch einmal zurück zum Argument «Wir akzeptieren keine rote Null». Das wurde demokratisch legitimiert, ist aber fast ein Sündenfall, wie man ihn eigentlich aus der Schuldenbremse hat, ein demokratisch legitimiertes Steuererhöhungskonstrukt da im Parlament, das lehnen wir grundsätzlich ab und das ist ein weiterer Grund, wieso wir die 122% weiterhin unterstützen. Wenn wir von einem Plan B sprechen, dann sind wir davon überzeugt, dass das nur mit parlamentarischem Druck passieren kann. Der Stadtrat, bzw. die verantwortliche Stadträtin, sagte, das Budget 2017 ist ein Budget «zum Anlauf holen». Ich gebe zu, das tönt gut und ermutigend. Es ist aber zu hoffen, dass der Stadtrat weiss, mit was er da Anlauf holt, mit wem er das macht und wo er am Schluss ankommen will.

Die FDP unterstützt den Antrag der SVP auf Rückführung des Steuersatzes auf das Niveau von 2015.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Weil die Winterthurerinnen und Winterthurer Steuern zahlen, ist es möglich, dass wir ein reichhaltiges Kultur- und Sportangebot geniessen können. Weil die Winterthurerinnen und Winterthurer Steuern zahlen, ist es möglich, dass wir uns bei einem Umzug elektronisch ummelden können. Dass die meisten von uns für ihre Kinder kein Schulgeld zahlen müssen, dass die Spitex funktioniert, dass die Armen nicht auf der Strasse sitzen, dass das Verkehrsnetz funktioniert, dass Polizei und Feuerwehr existieren und die Strassenlampen weiterhin leuchten. Das alles ist etwas wert. Meistens ist der gebotene Service nicht nur gut, sondern ausgezeichnet. Und genau deshalb darf er auch etwas kosten. Klar wäre es lässiger, einen Steuersenkungsantrag begründen zu können – aber lässig ist auch immer fahrlässig. Genau jetzt, wo wir eine rote Null budgetieren und düstere Zukunftsaussichten haben, genau jetzt, wo wir wieder einmal ein bisschen Eigenkapital haben, wäre es wirklich fahrlässig, wenn wir genau wieder anfangen, das aufzubrechen. Die Fraktion Grüne/AL ist entschieden gegen den Antrag der SVP. Ich möchte doch darauf hinweisen, dass die guten Steuerzahler nicht wegen dem Steuerfuss nicht kommen, sondern wegen dem ewigen Hin

und Herl mit dem Steuerfuss, das von den Bürgerlichen betrieben wird, nicht. Wenn ich Leuten erkläre, wie hoch der Steuerfuss wirklich ist (im Vergleich z.B. mit der Stadt Zürich), dann stellen sie häufig im Gespräch fest, dass das gar nicht so eine Steuerhölle ist, sondern dass man da einfach minim mehr Steuern zahlt als z.B. in Zürich. Wie gesagt, wir lehnen den Antrag ab.

L. Banholzer (EVP/BDP): Ich möchte auf zwei Punkte eingehen: Erstens spricht das Budget für sich. Bei einem ausgeglichenen Budget ist eine Steuersenkung einfach nicht drin. Wir müssten knapp 6 Mio. einsparen, um die Steuern um 2% senken zu können. Das haben wir jetzt in der laufenden Debatte nicht gemacht. Wir glauben auch nicht wie die FDP und die SVP, dass eine Differenz bei 2% bei den Steuern die Attraktivität unserer Stadt massgeblich erhöhen würde. Wiederum steht auch in unserem Drehbuch als Begründung von verschiedenen Kürzungsanträgen, die mit (ich zitiere) «Hintergrund der finanziell trüben Aussichten sowohl auf Gemeinde- wie auf Kantonsebene» begründet wurden. Das finden wir eben auch. Unter dem Strich das Fazit: Die EVP/BDP-Fraktion wird die Steuersenkung ablehnen, weil es für einen gesunden Stadthaushalt der einzige richtige Weg ist, diesen Satz zu halten für die nächste Zeit.

R. Kappeler (SP): Selbstverständlich wird auch die SP-Fraktion diesen Antrag ablehnen. Meine zwei Vorredner und Vorrednerinnen haben inhaltlich das Meiste schon gesagt. Ich möchte auch zwei Kritikpunkte von Seiten SVP und FDP noch kurz eingehen. Angefangen bei der FDP: Es tönt schon ein bisschen despektierlich gegenüber dem ganzen Personal, wenn man sagt, es sind 3'200 Stellen, die sich irgendwo in den Papieren «verbergen». Nein, es ist anders. Wir alle verlangen von der Stadt einen Service, einen Service Public, wir haben hohe Ansprüche. Christian Griesser hat es gesagt, dieser wird meistens gut bis sehr gut erfüllt. Sind wir doch ehrlich, dafür sind wir auch bereit, etwas zu bezahlen dafür. Mit diesem ausgeglichenen Budget können wir dieses Jahr wirklich zeigen, dass wir bereit sind, dafür einen fairen Preis zu bezahlen – und das machen wir. Dann noch zu den Argumenten von Michael, von der SVP: Du hast etwas sehr Wahres gesagt, dass wir nicht mit der Kreditkarte unserer Kinder bezahlen sollen. Genau das tun wir, wenn wir jetzt die Steuern senken. Mit dem ausgeglichenen Budget haben wir weiter den Zustand, dass unsere Verschuldung trotzdem wächst, weil wir eigentlich zu viel investieren. Wenn wir jetzt noch 5.5 Mio. wegnehmen aus den Steuereinnahmen plus in 2 Jahren noch die 1 Mio. zusätzlich wegnehmen, die der Ressourcenausgleich automatisch dranbindet, dann haben wir wieder 6.5 Mio. mehr ausgegeben als eingenommen. Cash fehlen uns dann diese einfach. Und das mit einer Prognose, die ich jetzt nicht mehr auflegen muss, über die man bei der Eintretensdebatte gesprochen hat – das ist nun wirklich einfach fahrlässig. Dann hast Du noch ein bisschen in der wirtschaftspolitischen Mottenkiste gewühlt und hast Herrn Lipfert noch herausgenommen, der damals unter economics behauptet hat, wenn man den Steuersatz senkt, dann steigen die Steuereinnahmen. Er hat damals eine wunderbare Kurve gezeichnet, wo es nichts dagegen zu sagen gibt, ausser die eine grosse Ausnahme, dass man nicht weiss, ob man links oder rechts vom Berg steht. Er blieb es bis heute schuldig zu beweisen, dass das damals wirklich auf dieser Seite gestanden ist, wo das passieren würde. Alle Indizien sprechen dafür, dass die Stadt Winterthur auf der anderen Seite steht, d.h. diese Negativelastizität zwischen Steuerfuss und Steuereinnahmen ist einfach Wunschtraum der SVP oder eben Mottenkiste – und nichts anderes.

Es wäre verantwortungslos, verlogen und fahrlässig, wenn man angesichts dieses IAFP jetzt die Steuern senken würde.

A. Steiner (GLP/PP): Steuern senken auf Kosten von höheren Gebühren (wir haben da von SVP-Seite den Antrag gehabt, dass man von Stadtwerk mehr Geld herausnehmen soll) oder Steuern senken auf Kosten von einer noch höheren Verschuldung als man jetzt schon hat – das kommt für die GLP nicht in Frage. Selbstverständlich ist die GLP davon überzeugt, und das haben wir in den vergangenen Jahren auch bewiesen, dass wir mehr Effizienzsteigerung erreichen müssen. Es braucht diese, und zwar v.a. dann, wenn man den IAFP anschaut, wenn man die Zukunft anschaut. Es ist richtig, was Roland vorher gesagt hat, wir haben jetzt

ein ausgeglichenes Budget, aber unsere Verschuldung, die wächst – auch in diesem Jahr. Vor diesem Hintergrund macht eine Steuersenkung definitiv keinen Sinn. Die GLP ist zudem auch gegen eine Hü-hott-Steuersenkungs- und Steuererhöhungs-Politik, es braucht stabile Verhältnisse und es macht keinen Sinn, jetzt herunterzugehen und danach, mit diesen Finanzaussichten, die wir haben im IAFP, wieder hinaufzugehen. Das ist schädlich. Deshalb wird die GLP dieser Steuersenkung nicht zustimmen.

I. Kuster (CVP/EDU): Auch wir von der CVP/EDU-Fraktion bezahlen nicht besonders gerne Steuern und eine Steuersenkung würden wir sehr begrüßen. Eine Steuersenkung wäre verlockend und eine gute Botschaft für Winterthur, denn auch wir möchten attraktiv bleiben. Leider sind aber, wie schon mehrmals gesagt, die finanziellen Aussichten nicht rosig und wir haben verstanden, dass der Steuerfuss, wie Annetta auch gesagt hat, eine gewisse Konstanz haben sollte, zumindest für die nächsten zwei Jahre. Das soll aber nicht nur für uns im Gemeinderat gelten, sondern auch für den Stadtrat – für das nächste Jahr dann. Im Gegensatz zu den Gegenrednern vom letzten Montag sind wir nicht gegen die Unternehmenssteuerreform III, sondern wir sind überzeugt von ihrer grossen Bedeutung, auch für die Arbeitsplätze in Winterthur. Letzten Montag hat mir etwas gefehlt: Alle Gegner haben versucht, dazu eine Aussage zu machen, wie hoch die Kosten ausfallen würden, wenn die jetzige steuerliche Bevorzugung, die wir aufheben müssen, anders lösen würde. Verschiedene Steuerspezialisten sind davon überzeugt, dass die Alternativkosten massiv höher wären als die geplante USR. Aber zurück zum Budget und zum Steuerfuss der Stadt Winterthur. Für uns ist wichtig: Wenn das Abstimmungsresultat von der USR III bekannt ist und beim Budget 2018 klar ist, was uns effektiv auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite erwartet, dann entscheidet man über den zukünftigen Steuerfuss. Und nachdem wir die Prognose haben, dass die Sozialausgaben, Bildung, Gesundheit und Verkehr weiterhin ungebremst steigen sollen, bleibt uns die Hoffnung auf den mehr als berechtigten Sozillastenausgleich. Und weil die Hoffnung auf die reiche Erbtante aus dem Ausland eher unrealistisch ist, bleibt uns der Plan B, bei dem wir auch dabei sind: Effizienzsteigerung und den Handlungsspielraum noch besser auszunutzen. In dem Sinn, von einer Konstanz des Steuerfusses her, lehnen wir, die CVP/EDU-Fraktion, die Senkung des Steuerfusses ab – für 2017, muss ich noch präzisieren.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Wir sprechen da, das möchte ich nochmals betonen, nicht über eine Steuersenkung, sondern über das vorzeitige Rückgängig-Machen der Steuererhöhung, die ja auch befristet war. Bitte vergesst nicht, dass Ihr diese befristet zugesagt habt. Ich möchte dem hervorragenden Votum danken von Michael Gross. Ich kann mich eigentlich bis auf einen Punkt dort völlig anschliessen. Der eine Punkt ist: Es ist völlig richtig, Michael, dass Du gesagt hast, dass sinkende Steuern zu steigenden Einnahmen führen, mindestens mittelfristig bis langfristig. Ich habe das letztes Jahr schon im Zuge der Budgetdebatte und Diskussion um den Steuerfuss nachgewiesen mit dem Beitrag Steuerfakten 2005-2014, wo ich sämtliche Steuersenkungen in der Vergangenheit analysiert habe, die man hier in Winterthur gemacht hat, mit dem Fazit: Jedes Mal haben wir nachher mehr eingenommen, jedes Mal haben wir nachher auch pro Kopf vom Steuerzahler resp. der Firma mehr eingenommen. Und das ist jetzt der Punkt, mit dem ich nicht ganz einverstanden bin: Wir müssen natürlich nicht mit weniger Einnahmen rechnen, wenn wir die Steuern senken, sondern eigentlich kämen wir dann am Schluss wahrscheinlich noch besser heraus. Wenn Ihr wirklich wollt, dass die Leute nicht mehr wegen dem Steuersatz nicht kommen und lieber Christian Griesser, Du warst es, der das gesagt hat: Ich kenne konkrete Beispiele von sehr guten Steuerzahlern, die nicht nach Winterthur kommen resp. aus Winterthur fortgegangen sind – wegen dem Steuerfuss. Das gibt es durchaus. Ob das repräsentativ ist oder nicht, kann ich nicht sagen, aber ich kenne persönlich solche Beispiele. Wenn wir das wirklich wollen, dass wir einen attraktiven Steuersatz haben, dann müssen wir wesentlich mehr hinuntergehen als die 2%. Dann sprechen wir von 10 oder noch mehr Prozenten, die wir eigentlich hinuntergehen müssten. Das nur so nebenbei. Bei diesem einen Punkt werde ich heute Abend deshalb nicht mit meiner Fraktion stimmen, sondern mit dem, von dem ich überzeugt bin, dass es die richtige Entscheidung ist.

Y. Gruber (EVP/BDP): Ich möchte mich ganz kurz halten. Mit blutendem Herz werde ich diese Steuersenkung nicht unterstützen in diesem Jahr, aber ganz klar im nächsten Jahr. Ich plädiere wirklich darauf, dass man das im nächsten Budget berücksichtigt, dass das nur befristet gedacht war und ich bedanke mich auch bei Iris Kuster für ihr Votum, Du hast das eigentlich auf den Punkt gebracht, dass man das nächste Jahr wirklich genau anschaut. Danke.

Stadträtin Y. Beutler: Michael Gross hat absolut recht, ich bin tatsächlich keine dieser ewig lächelnden Teflon-Politikerinnen. An mir prallt nicht alles ab, ich bin unbequem, ich nehme meine Arbeit sehr ernst. Es ist mir sehr wichtig, wie es unserer Stadt in finanzieller Hinsicht geht – und das ist bei mir mit Emotionen verbunden. Ich glaube, wenn diese Emotionen bei mir einmal nicht mehr da wären, dann hoffe ich, dass ich mindestens ein Jahr vorher schon zurückgetreten wäre, das wäre nicht gut für die Stadt. Ich glaube, ohne diese Emotionen und ohne diese Leidenschaft, das nehme ich jetzt auch in Anspruch, würden wir heute nicht so dastehen, wie wir jetzt dastehen. Von daher nehme ich Deine Kritik entgegen, kann es auch nachvollziehen, dass man vielleicht ein paar andere Menschen lieber hat als mich – aber wenn man geliebt werden will, dann sollte man nicht die Finanzen einer Stadt übernehmen. Die SVP hat den Antrag gestellt auf Steuerfussrücknahme oder Steuerfussenkung. Dazu muss man sagen: Wir haben die Steuern gar nie erhöht, sondern wir haben die Steuersenkungen der vergangenen Jahre zurückgenommen. Unser Steuerfuss war vor gar nicht allzu langer Zeit bei 130% und wir sind jetzt da einiges davon entfernt und wir sind auch zum ersten Mal nicht an der Spitze vom Steuerfuss. Was gesagt wurde (ich glaube, das war von Christian Griesser), dass halt für die Standortattraktivität entscheidend ist, was für Signale man selber ausstrahlt und was in der Zeitung steht, das spielt genauso mit. In der Budgetweisung steht auch, wie man steht im objektivierten Vergleich (jetzt halt mit den Städten, das ist klar, mit unserer Umgebung mit diesen tiefen Steuerfüssen werden wir als Zentrumsort nie mithalten können). Wenn man schaut, wo man verglichen mit den 10 grössten Städten steht, sind wir wirklich absolut top. Das kann man auch nachlesen, das ist vom Tagesanzeiger, wie es mit den anderen steht. Wenn man es im grösseren Zusammenhang sieht, dann müssen wir uns da gar nicht verstecken.

Ein bisschen erstaunt bin ich, dass sich die Freisinnigen dieser Steuerfussenkung angeschlossen haben, die sie jetzt fordern. Das kann ich in dem Sinn so nicht nachvollziehen. Ich weiss nicht, wie langfristig die lange Sicht dann ist, mit der man es anschaut. Ich glaube, irgendwann kommt einfach der Zeitpunkt, wo man anerkennen muss, dass unsere finanzielle Situation schon mit dem Aufwand zu tun hat, aber unsere Erfolgsrechnung hat zwei Seiten. Wenn man immer die Ertragsseite ausblendet, dann kommen wir da keinen Schritt weiter. Das ist das, was Du gesagt hast, Stefan Feer, wegen der Schuldenbremse. Die Systematik der Schuldenbremse ist genau die gleiche wie das, was man heute Abend gemacht hat. Wir beraten über den Aufwand und dann gibt es den Beschluss 1: Wir verabschieden den Kredit der Globalbudgets. Das ist genau der gleiche Prozess, den wir machen. Für den 2. Schritt werden wir den Steuerfuss festsetzen. Wenn das, was wir vorher beschlossen haben, dazu führt, dass wir eine weitere Verschuldung haben mit dem Steuerfuss, den wir eigentlich gerne hätten, dann ist der Zeitpunkt da, dass man den Steuerfuss korrigieren müsste. Wenn man das nicht macht, wenn man einen Aufwand festlegt, der höher ist, der zu einer Verschuldung führt, dann ist der Steuerfuss zu tief, der Aufwand zu hoch – was auch immer, es erfolgt eine weitere Verschuldung. Wenn man diese Verschuldung nicht will, dann muss man entweder konsequent sein, indem man den Aufwand reduziert, oder man muss konsequent sein, indem man den Steuerfuss höher ansetzt. Aber man kann nicht einfach den Steuerfuss nach Belieben festsetzen (gegen unten), den Aufwand nach Belieben setzen – und meinen, wir hätten keine zusätzliche Verschuldung. Diesen Zusammenhang muss man irgendwann einfach anerkennen.

Ich weiss nicht genau: Du hast von einer roten Null gesprochen. Für mich sind 5.8 Mio. Defizit definitiv keine rote Null mehr. Der Mindestkonsens, den wir hier drin in der jetzigen Situation haben sollten, ist dass ein Defizit ein no-go ist. Ich kann nicht nachvollziehen, wieso die Freisinnigen in dieser Lage finden, ein Defizit sei eine Lappalie. Es ist wirklich so: Kaum hat man ein bisschen Geld im Kässeli, wird man bereits wieder fahrlässig und findet, dann kann man

ja auch ein bisschen mehr ausgeben, man macht ein bisschen Defizit – und es macht nichts. Mir macht das etwas. Weil mir unsere Stadtfinanzen wichtig sind, weil mir unsere nachkommenden Generationen wichtig sind, weil es mir wichtig ist, dass wir nicht einen immer weiter ansteigenden Schuldenberg hinterlassen - und auch ohne Steuerfussenkung werden unsere Schulden nochmals um ca. 10 Mio. oder noch mehr ansteigen im kommenden Jahr. Das muss einfach so anerkennen.

Ich hoffe, ich habe das jetzt emotionslos genug gesagt, dass man das ernst nehmen kann, dass das so ist. Ich bin wirklich froh, dass die anderen Parteien ihre Verantwortung wahrnehmen, auch den Finanzen gegenüber, dass sie dieser Steuerfussenkung so nicht zustimmen, auch wenn es natürlich attraktiv wäre, in den kommenden Monaten zu sagen «ja, wir hätten ja die Steuern senken wollen». Das macht sich immer gut im Umfeld der Wahlen. Ich bin dankbar, dass Sie das nicht machen. Und was mich v.a. freut: Dass Sie einstimmig dem Budget so zugestimmt haben. Ich weiss jetzt nicht, ob bei der Schlussabstimmung dann diese Einstimmigkeit so bleibt, aber ich glaube, dass Sie insgesamt einstimmig sagen können: Jawohl, das sind die Aufgaben dieser Stadt und jawohl, diese Mittel soll sie zur Verfügung haben. Ganz konkret und nicht in einer abstrakten Situation. Ich glaube, das zeigt, dass es ein gutes Budget war und dass wir als Stadtrat da auch eine gute Arbeit geleistet haben. Ich nehme das als Lob und als Anerkennung von Ihnen und wünsche Ihnen jetzt schon einen weisen Entscheid.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem SVP-Antrag zustimmen und somit den Steuerfuss auf 122% festsetzen möchte, möge das bitte jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer den Antrag ablehnen möchte?

Das ist die grosse Mehrheit. Somit habt Ihr auch der Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich mit der Festsetzung des Steuerfusses zugestimmt.

Dann kommen wir zu Punkt 4 der Weisung, zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan. Da ist mir ein Ablehnungsantrag zugetragen worden, Stefan Feer bitte.

St. Feer (FDP): Es ist ja nicht üblich, dass man nach einer Stadträtin das Wort ergreift zu dem, was sie gesagt hat, aber in diesem Fall, mit dem Ablehnungsantrag zum IAFP, ist das zumindest doch eine indirekte Antwort darauf, da es doch eine gewisse Relation von Millionen ist, die dem Ablehnungsantrag der FDP zum IAFP zugrunde liegt.

Es wurde bereits am Anfang der Budgetdebatte und auch während der Budgetdebatte von Annetta Steiner, von Michael Gross und Urs Hofer erwähnt, dass in den vorliegenden Budgetunterlagen zur Pensionskasse die Angaben gänzlich fehlen. Der Stadtrat erachtet es leider als nicht notwendig, in diesem Budget Transparenz in dieses Thema zu bringen und zumindest irgendwo, sei es bei den Zinsen oder bei anderen Themen, eine separate Fussnote zu diesem Thema einzusetzen. Übrigens: Bei einer Pensionskasse handelt es sich ja um eine Sanierung, die ausgemacht ist aufgrund von Führungsfehlern vom damaligen SP-Stadträsidenten. Es ist also nicht so, dass wir da Mehrkosten haben, weil es irgendwie einen «Pensionskassentourismus» geben würde. Das Problem ist hausgemacht und es wäre schön, wenn man dieses Problem auch beim Namen nennt und nicht nur über Sozialkosten spricht oder über die Unternehmenssteuerreform oder was einen sonst noch plagt – sondern dass man einfach sagt, was uns diese Pensionskasse kostet, Jahr für Jahr. Dann kommen dann auch die schönen Millionenzahlen, wo wir selber in den Spiegel schauen müssen, was wir uns anno dazumal eingebrockt haben oder einbrocken lassen haben. Der Stadtrat schweigt, obwohl im laufenden Jahr 2016 rund 60 Mio. Eigenkapital zugunsten der städtischen Pensionskasse vernichtet worden ist (also in Fremdkapital umgewandelt worden ist). Eine politische Diskussion hat zu diesem Thema nie stattgefunden. Es wurde eine 7jährige Sanierung versprochen, aber bereits schon im 3. Jahr nach dem Start mussten massive Beiträge vom Stadtrat zusätzlich in diese Pensionskasse eingezahlt werden, ohne politische Legitimation und ohne Berücksichtigung vom Volkswillen. Die gesamte Summe des vernichteten Eigenkapitals beläuft sich mittlerweile auf über 1.4 Milliarden Fr. und es ist, nach Fachleuten, im Moment kein Ende in Sicht.

Man hätte im IAFP zwingend ein Kapitel zu diesem Thema einfügen sollen. Der Grosse Gemeinderat hat im Sommer 2013 der Verselbständigung der Pensionskasse auf das Jahr 2014 zugestimmt und die Pensionskasse in die Selbständigkeit entlassen. Es wäre jetzt am Grosse Gemeinderat, die Finanzierung dieser PK neu zu überdenken. Es ist nämlich im Reglement so vorgesehen, dass der Grosse Gemeinderat die Finanzierung bestimmt, also wer wie viel zahlt und worauf die Leistungen entsprechend gewährt werden. Der Stadtrat schweigt, obwohl er in den letzten 5 Stunden der Budgetdebatte mehrfach auf dieses Thema angesprochen worden ist, hat er es nicht für nötig gehalten, zu diesem Thema Transparenz zu schaffen. Einen grossen Teil dieser Sanierung zahlt die Stadt und somit der Steuerzahler. Nicht nur der private Steuerzahler, sondern auch das Gewerbe und die Wirtschaft. Dieser hat ein Interesse an mehr Information, weil er letztlich auch sein Geld für diese Pensionskasse ausgibt.

Die FDP-Fraktion fordert den Stadtrat deshalb auf, jetzt und hier zum Zustand der Pensionskasse Stellung zu nehmen und stellt aus dem Grund, weil diese Pensionskasse nirgends erwähnt ist im IAFP, den Ablehnungsantrag.

A. Steiner (GLP/PP): Ich habe es in unserem Eintretensvotum bereits herausgestrichen: Auf der einen Seite habe ich dem Stadtrat gedankt, dass er in Bezug auf die Detailbudgetierung wesentliche Fortschritte gemacht hat im IAFP, das ist klar ersichtlich aus dem jetzigen Budget (noch nicht in allen Produkten gleich gut, aber doch an vielen Orten). Ich habe aber gleichzeitig auch darauf hingewiesen, dass wir in Bezug auf die Risiken noch nicht zufrieden sind mit dem IAFP. Im IAFP ist es sehr, sehr wichtig, dass man weiss, was in der nächsten Zukunft kommt. Und wenn man einfach nichts zur Pensionskasse dort hineinschreibt, dann haben wir von der GLP das Gefühl, der Stadtrat hat diese Risiken, die effektiv da sind, nach wie vor nicht im Griff. Und weil wir diesen Eindruck haben, nehmen wir auch in diesem Jahr (wie in jedem anderen Vorgangsjahr auch) den IAFP nach wie vor negativ zur Kenntnis, denn er ist nicht vollständig. Das ist sehr wesentlich. Wir haben jetzt sehr viele schlechte Aussichten (in Bezug auf Unternehmenssteuerreform, in Bezug auf Sozialhilfekosten), aber über die eigenen Hausaufgaben, wo man dringendst Massnahmen bräuchte – davon hört man nichts. Wir haben vor einem Jahr ausdrücklich auf das Problem Pensionskasse hingewiesen. Wir haben nun ein Jahr lang nichts gehört. In dem Sinn unterstreiche ich das, was Stefan Feer gesagt hat, und wir schon seit längerer Zeit so fordern. Wir werden deshalb den IAFP negativ zur Kenntnis nehmen.

R. Kappeler (SP): Es ist jetzt nicht die Zeit, um eine intensive Pensionskassen-Debatte zu führen, aber zwei Punkte dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Der erste ist: Beide, GLP und FDP, kennen eine ganz entscheidende Situation, das ist die Kompetenzregelung. Der Stadtrat ist nicht mehr verantwortlich für die Entscheide, die in der Pensionskasse gefällt werden. Wir haben die Pensionskasse aufgrund von höherem Recht in die Selbständigkeit geschickt und wir haben mit einem Gemeinderatsbeschluss sehr detailliert eine 7-Jahre-Übergangsregelung beschlossen. Wir waren in der AK auch schon an diesem Thema dran. Man kommt vielleicht zum Schluss, dass man dort vielleicht gewisse Dinge zu detailliert geregelt hat, das kann sein – aber aus dem heraus dem Stadtrat einen Vorwurf zu machen, er müsste eingreifen, das ist völlig verkehrt. Und dann trotzdem noch kurz etwas zu Stefan Feer: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Selbstverschulden ist bei der Pensionskasse wahrscheinlich an einem kleinen Ort, wir haben in der AK auch schon Informationen zur Pensionskasse erhalten, dass man ein gewisses Verschulden hat, dass man vielleicht bei Abtretung an den Kanton, an die BVK, gewisse noch gute Risiken abgegeben hat und es verpasst hat, die schlechten quasi mit dem Kanton auszulagern, da gibt es ein paar Punkte, aber ich möchte ganz deutlich darauf aufmerksam machen: Damals war die Pensionskasse nicht selbständig, damals gab es eine Führungsverantwortung von der Finanzministerin und die Partei dieser Finanzministerin sitzt eben im Glashaus.

A. Steiner (GLP/PP): Nur eine kleine Bemerkung: Wer an dieser Stelle sagt, die PK ist jetzt verselbständigt und eigentlich geht das den Stadtrat nichts mehr an, der ist doch reichlich naiv in Bezug auf die Zukunft, in Bezug auf unseren IAFP.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Pensionskasse lässt auch den Stadtrat nicht kalt. Es ist nicht so, dass sich nur das Parlament mit der Pensionskasse und der Zukunft befasst. Ich möchte aber Anlauf holen: Eigentlich haben wir mit der Verselbständigung und der Sanierung unserer städtischen Pensionskasse die ganze Kasse auf eine Grundlage, eine neue Grundlage, gestellt. Es brauchte eine Riesenarbeit. Sie ist heute verselbständigt, man kann in der Tat nicht mehr einfach sagen: «Stadtrat – mach!». Wir sind mit zwei Personen in diesem Stiftungsrat vertreten und selbstverständlich wahren wir auch die städtischen Interessen dort. Man kann nicht sagen, wir hätten 1 Jahr lang nichts gesagt, wir waren auch in der AK und haben den ganzen Stand der Dinge von der PK auch vorgestellt und wir sagten dort schon, dass der Stiftungsrat die weitere Zukunft einfach noch nicht beschlossen hat. Und solange noch nicht beschlossen ist, können wir als Mitglieder des Stiftungsrates dem Parlament hier drin nichts sagen. Wir machen uns schon Gedanken, wie wir mit diesen weiteren Entwicklungen der Pensionskasse umgehen. Wir machen uns Gedanken, weitere Rückstellungen machen zu müssen – aber der Stiftungsrat hat noch nicht entschieden und wir wissen nicht, auf welche Stufe er geht. Ich möchte bitten, dass man das anerkennt. Es gibt Kompetenzen beim Grossen Gemeinderat, die werden wir sicher einhalten. Wir werden sicher, sobald dieser Entscheid gefallen ist, mit unseren Massnahmen und Vorschlägen auch zumindest in die AK kommen und danach ins Parlament. Wenn man uns vorwirft, wir würden mit den Risiken falsch umgehen: Wenn ich schaue, was momentan bei uns verwaltungsintern mit dem IKS abgeht... Ich glaube, wir hatten noch nie in dieser Stadtverwaltung ein so gutes Risikomanagement wie heute. Es gibt immer wieder Punkte, die schleifen, aber in der Gesamtheit haben wir ein sehr gutes Risikomanagement aufgebaut. Wir müssen da auch noch weiter daran arbeiten, aber es ist also nicht so, dass wir da blinden Auges in die Zukunft wandern mit dieser Stadt, dafür ist unser Verantwortungsbewusstsein seitens des Stadtrates viel zu gross – gleich gross wie das vom Parlament.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir kommen entsprechend zur Abstimmung. Wer den IAFP ablehnend zur Kenntnis nehmen möchte, möge das bitte jetzt durch Handheben bezeugen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ihr habt entsprechend den IAFP mit 30 Stimmen ablehnend zur Kenntnis genommen.

Wir sind mit dem Budget durch. Ich möchte noch ganz herzlichen Dank an das Finanzamt aussprechen für die viele Arbeit und die Anwesenheit bei der Budgetdebatte.

2. Traktandum

GGR-Nr. 16.95: 1. Nachtrag zur Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur vom 3. Mai 2010

K. Gander (Grüne/AL): Ich freue mich, Ihnen heute den Nachtrag zur Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur vorzustellen. Bevor ich beginne, möchte ich mich an dieser Stelle für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken, zum einen beim zuständigen Stadtrat Stefan Fritschi, zum anderen bei Ljiljana Ilic, der Rektorin der Schule Profil, und natürlich auch bei meinen Kollegen und Kolleginnen aus der BSKK.

Warum braucht es überhaupt diesen Nachtrag? Einleitend kann man festhalten, dass es diesen Nachtrag braucht, um bereits Vollzogenes in eine rechtmässige Form zu bringen. Im Jahr 2014 sind nämlich die drei städtischen Schulen, die Berufsvorbereitungsjahre angeboten hatten, aufgehoben worden und zu einer Schule, die «Profil» heisst, zusammengefasst worden. Daraus resultieren verschiedene Änderungen, die Ihr auch in dieser synoptischen Darstellung feststellen könnt. Das sind Namensänderungen, Änderungen bei der Struktur und auch Änderungen in der Organisation. Weiter ist es so, dass es seit der letzten Revision der kantonalen

Bestimmungen über Berufsvorbereitungsjahre nicht mehr zulässig ist, Schülerinnen und Schüler mehr als 1 Jahr in der Schule Profil zu unterrichten. Bisher haben Schülerinnen und Schüler mit ungenügenden Deutschkenntnissen bei Bedarf 2 Jahre Profil besuchen können. Aber seit dem Schuljahr 2014/2015 besteht diese Möglichkeit nicht mehr. Diese Änderung stellt die Schule vor eine Herausforderung, auf die sie adäquat reagieren muss. Gerne möchte ich auf dieses Thema später noch im Detail eingehen. Auch bezüglich dem Erlass von Schulgeld wird ein neues Reglement erlassen. Es geht darum, dass man direkt auf Steuerdaten Einsicht nehmen kann und dafür braucht es die entsprechende Grundlage. Das läuft analog wie bei den Elternbeiträgen bei der Kinderbetreuung.

Die Änderungen, über die man heute spricht, betreffen nicht nur die Berufsvorbereitung, sondern auch die Aus- und Weiterbildung. Da gab es einen Volksentscheid über die Aufhebung vom Gesetz zur hauswirtschaftlichen Fortbildung im Jahr 2011, der Änderungen bedingt hat. Auch der Stadtrat hat im Rahmen von Balance eine Leistungsüberprüfung vorgenommen in Bezug auf die Erwachsenenbildungskurse. Neu werden nur noch Erwachsenen- und Elternbildungsangebote unterstützt, die von privaten Trägerschaften organisiert werden. Das sind z.B. Deutschkurse mit Kinderbetreuung oder auch niederschwellige Angebote für Eltern und Kinder im Rahmen der Frühförderung.

Nach diesem kurzen Überblick über verschiedene, teilweise bereits vollzogene Änderungen und Anpassungen möchte ich gerne auf den Hauptdiskussionspunkt vom folgenden Nachtrag eingehen, und zwar auf Punkt «Art. 3 d. Angebote für fremdsprachige Jugendliche». Auf p. 4 sieht Ihr den Artikel 3d. Wie bereits schon vorher erwähnt können seit der letzten Revision der kantonalen Bestimmungen die Jugendlichen nur noch 1 Jahr die Schule Profil besuchen. Die bisherige Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund 2 x das Jahr besuchen können, fällt weg und stellt die Jugendlichen und die Schule selber vor Probleme, weil die Deutschkenntnisse zum einen nicht für den Unterricht reichen und schon gar nicht für einen beruflichen Einstieg. Ich möchte Ihnen gerne drei Beispiele zeigen, um was für Jugendliche es sich handelt, die genau dieses Problem haben. Damit Sie auch noch eine Zahl haben, um wie viele Jugendliche es sich handelt: Es sind rund 10 Jugendliche pro Jahr, die die Chance hätten, wenn dieser Antrag durchkommen würde. Da wäre z.B. ein Jugendlicher aus Eritrea, der als unbegleiteter Minderjähriger in die Schweiz kam. Er hat eine lange Flucht über Äthiopien, Sudan, Libyen und Italien bis in die Schweiz hinter sich. Er ist wissbegierig und motiviert, aber sein Deutsch reicht einfach nicht für den Schulbesuch oder für einen Einstieg in das Berufsleben. Oder da wäre auch ein Auslandschweizer aus Peru. Er hat das Glück, dass er nicht in Winterthur wohnt, sondern in Henggart – und Henggart finanziert ein 2. Jahr in der Schule Profil. So hat er die Gelegenheit, sein Deutschniveau nochmals aufzubessern und hat eine echte Chance, einen beruflichen Einstieg zu finden. Und zum Schluss nochmals eine Geschichte von einem Jugendlichen, ebenfalls aus Eritrea. Er wurde ins Militär eingezogen, hat Schlimmes erlebt, ist geflohen und hat nach vielen Umwegen dann den Weg in die Schweiz gefunden. Er würde gerne in der Pflege Fuss fassen. Sein Ziel für den Einstieg ist, dass er Assistent Gesundheit und Soziales werden möchte. Aber die Rückmeldungen, wenn er schnuppern geht, sind immer, dass er einfach besser Deutsch können müsste und v.a. Schweizerdeutsch verstehen müsste. Er wohnt in einer Asylunterkunft und hat dort kaum Gelegenheit zum Üben. Je mehr Zeit er mit Schweizern und auch in der Schule verbringen würde, desto näher würde er seinem Ziel kommen. Diese drei kurzen Beispiele zeigen, wie schwierig die Geschichten sind, mit denen die Schule Profil konfrontiert ist. Ohne die ausreichenden Deutschkenntnisse ist ein Übertritt in die Berufsbildung (in eine Lehre, ein Praktikum, ein Arbeitsplatz oder eine weiterführende Schule) akut gefährdet. Und deshalb braucht es eine städtische Regelung, die sicherstellt, dass die Jugendlichen nach einer Abklärung, einer Sprachstandserhebung, Anspruch haben, die nötigen Deutschkenntnisse vermittelt zu bekommen. Nur so können sie langfristig Fuss fassen.

Der Stadtrat schlägt uns vor, dass mit einem privaten Anbieter (er hat da das Beispiel von der Schule Allegra gemacht, es könnte aber auch eine andere Schule sein) eine Leistungsvereinbarung geschlossen wird. Die geplanten Deutschkurse dauern in der Regel ein halbes Jahr, das sind 5.2 pro Tag verteilt auf 20 Wochen. Es werden aber auch Kurse angeboten, die länger dauern, bis zu einem Jahr. Sie können sich ja vorstellen, dass die Jugendlichen nicht immer schön im Februar in die Schweiz kommen, sondern sie kommen irgendwann und

man muss dann flexibel reagieren können. Mit dieser Schule, mit der eine Leistungsvereinbarung geschlossen werden könnte, ist eine Art «Handörgeli-Prinzip» möglich, dass die Jugendlichen jederzeit einsteigen können und je nach Zeitpunkt sind die Deutschkurse intensiver oder weniger intensiv.

Wie Sie sich vorstellen können, verfügen viele Familien, von denen die Kinder einen solchen Kurs in Anspruch nehmen müssten, nicht über die nötigen finanziellen Ressourcen, um diese Kurse selber zu finanzieren. Dass die Eltern einen solchen Kurs finanzieren können, ist realistischerweise nur in den allerwenigsten Fällen möglich. Die Kosten für eine solche Lösung, wie ich sie Ihnen skizziert habe, liegen bei rund 10'000 Fr. Der geplante Elternbeitrag liegt bei 1'250 Fr. Das ist ungefähr die Hälfte – oder es ist genau die Hälfte – vom Schulgeld, das sie im Profil zahlen. Auch in diesem Fall ist es so, dass wenn die Eltern das nicht stemmen können, es möglich ist, Unterstützung zu bekommen. Auch dort greift man direkt auf die Steuerdaten zu und kann das entsprechend abklären. Man kann abschliessend festhalten, dass die Kosten bei einem Besuch dieser Deutschkurse mit einer anschliessenden Absolvierung vom Schuljahr Profil insgesamt tiefer sind als vorher, als die Schüler 2 x Profil absolviert haben. Die Stadt überweist das Schulgeld an diejenigen Schulen, mit denen die Leistungsvereinbarung geschlossen wird und es findet ein regelmässiges Reporting statt, so dass z.B. auf Unregelmässigkeiten beim Schulbesuch oder wenn jemand nicht mitmacht umgehend reagiert werden kann.

Die BSKK hat dieser Weisung noch zwei Ergänzungen hinzugefügt. Diese möchte ich Ihnen jetzt auch gerne zeigen. Die eine Änderung sehen Sie da gelb. Oben sehen Sie den Originaltext der Weisung. Es handelt sich um ein Verb, das anders ist, «**kann**» **wird zu** «**wird**». Dieser Antrag wurde in der BSKK 9:0 angenommen. Den 2. Antrag sehen Sie da und auf dem gelben Blatt. Zum einen sehen Sie den Ergänzungsantrag, den ich gleich noch begründen möchte, und zum anderen ist es so, dass diese Ergänzung auf 5 Jahre befristet ist. Das sehen Sie da in der Fussnote 6. Gerne möchte ich den Antrag der BSKK noch kurz begründen: Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir uns wieder in den unbegleiteten Jugendlichen aus Eritrea hineinversetzen, der in der Asylunterkunft lebt. Er teilt sein Zimmer mit Erwachsenen, hat keine Privatsphäre, keine Ruhe um zu Lernen und ausser den Stunden im Deutschkurs auch keine Tagesstruktur. Wenn er das Pech hat, dass er das Setting light hat, d.h. 3 Lektionen 40 Wochen lang, bleibt doch noch ziemlich viel Zeit jeden Tag übrig, in der er herumhängen kann und relativ wenig zu tun hat. Er würde eigentlich gerne Kontakt mit Schweizern haben, um sein Deutsch zu verbessern. Genau an einen solchen Jugendlichen haben wir gedacht, als wir diese Ergänzung gemacht haben. Ein solcher Jugendlicher wäre ein idealer Kandidat für einen zusätzlichen Arbeitseinsatz. Der BSKK ist es ein grosses Anliegen, dass die Jugendlichen einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen, dass sie darin unterstützt werden, schnell in der Schweiz Fuss zu fassen. Deshalb hat sich die Kommission entschieden, einen Zusatzantrag zu stellen und **jährlich 30'000 Fr. in ergänzende Arbeitsintegration zu investieren**. Wie gesagt, ist das vorerst auf 5 Jahre begrenzt. Auch dieser Antrag wurde mit 9:0 angenommen.

Vielleicht noch kurz: Wenn man das gelbe Blatt anschaut, haben wir am Schluss dem Stadtrat noch eine Empfehlung abgegeben. Diese wurde mit 5:4 Stimmen angenommen. Dabei geht es darum, dass das Niveau vom Deutschstand bei den Jugendlichen erhöht werden sollte. Das hat aber nichts mit der Abstimmung zu tun, es dient lediglich als Empfehlung.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Möchte sich der Stadtrat den Anträgen der BSKK anschliessen?

Stadtrat St. Fritschi: Dem Stadtrat fällt es natürlich schwer, bei etwas zuzustimmen, das mehr Budget beansprucht, aber in dem Fall, wo es so eindeutig in der Kommission vorberaten wurde, schliessen wir uns dem an. Wir hatten den Grundsatz, dass wir mit dem gleichen Geld, das wir jetzt schon ausgegeben haben für das 2. Jahr im Profil, nämlich dem Gemeindeanteil, wollen wir eine bessere Lösung haben, auch wenn der Kantonsanteil wegfällt, deshalb sind wir auf der bescheideneren Variante geblieben. Aber wenn der Gemeinderat der teureren, aber auch inhaltlich besseren Lösung zustimmen möchte, würden wir uns dem anschliessen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Die Diskussion wäre eröffnet. Möchte sich irgendetwas dazu äussern? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Da es eine Verordnung ist, können wir sie nicht einfach als angenommen abwinken. Ich muss Euch jetzt fragen: Wollt Ihr dieser Weisung inklusive der Änderungen, die die BSKK beschlossen hat und denen sich der Stadtrat anschliesst, zustimmen? Dann bezeugt das bitte jetzt mit Handerheben. – Besten Dank.

Wer diese Weisung ablehnen möchte? Wer sich enthalten möchte?

Das ist eine einstimmige Zustimmung. Ihr habt somit diesem Geschäft zugestimmt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 16.106: Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur 2015

D. Schneider (FDP): Nach der Einsetzung der Sozialhilfebehörde Mitte 2014 liegt nun der Geschäftsbericht 2015 vor. Die SSK hat den Bericht 9:0 positiv zur Kenntnis genommen. Die Pflicht ist erfüllt, für einen ersten Durchgang ist das so in Ordnung. Zur Übersicht: Es sind 208 Dossiers von der Sozialhilfebehörde überprüft worden, 75% ohne Beanstandung. Die Sozialhilfebehörde hat vier Mittel zur Verfügung, um ihren Auftrag wahrzunehmen: Die strategische Steuerung, die Berichterstattung bei den Sozialdiensten, Aufsicht über die sozialen Dienste (d.h. Dossierprüfung, Einzelfallprüfung) und auch Behandlung der Einsprachen. Die Sozialhilfebehörde hat sich einen Schwerpunkt in der strategischen Steuerung vorgenommen, «Miete über der Norm» hiess das. Das dünkt uns einen guten Fokus. Im Bericht steht noch ein bisschen wenig über das, was dort festgestellt worden ist, aber für einen Erstjahresbericht ist es in Ordnung. Es wurden noch 3 Einsprachen behandelt, es ist keine gutgeheissen worden. Es gab also relativ wenig da zu tun, aber es wurde doch eine grosse Leistung vollbracht. Es sind 11 Mitglieder in der Sozialhilfebehörde, sie setzen sich nach Fraktionsstärke pro Legislatur zusammen. Sie werden alle 4 Jahre neu gewählt. Wir verdanken nochmals die Arbeit und den Bericht der Sozialhilfebehörde. Es ist ein gutes Instrument, das sich aber in Zukunft bei der Berichterstattung noch ein bisschen entwickeln kann, gerade beim Hintergrund des aufgeheizten Themas der explodierenden Kosten, die wir haben. Wir werden von der SSK aus sicher auch noch Anregungen weitergeben.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Der Bericht wurde 9:0 abgenommen. Will sich der Stadtrat trotzdem noch äussern?

Stadtrat N. Galladé: Nur ganz kurz. Besten Dank dafür, dass wir die Gelegenheit hatten, das Thema zu behandeln in der Kommission, in der SSK, anhand dieses Berichtes. Ich glaube, es ist wichtig, dass man auch zur Kenntnis nimmt, dass da Vertreter aller Fraktionen doch mit grossem Aufwand und Arbeitsleistung sehr systematisch diese Dossiers prüfen und dass man diese Ziele erreicht hat. Selbstverständlich ist man sich da laufend am Weiterentwickeln, wie immer, wenn man eine neue Organisation mit neuen Aufgaben hat. Aber mein Dank geht auch an alle diese Behördenmitglieder, die vielleicht ein bisschen weniger unter dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit eine ganz wichtige Aufgabe in der Steuerung und der Kontrolle in der Sozialhilfe machen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich möchte Euch noch mitteilen, dass wir nächsten Montag definitiv keine Sitzung machen. Wir sind relativ gut vorwärtsgekommen und machen nun Pause. Ich wünsche allen guten Appetit, wir sehen uns in 1.5 Stunden wieder.

4. Traktandum

GGR-Nr. 1999.29: Abschreibung der Motion M. Gfeller (Grüne/LdU/DaP), D. Hauser (SP) und St. Terzi (EVP) betr. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweiher und Abklärung des möglichen Erholungspotentials

R. Diener (Grüne/AL): 1999 wurde diese Motion eingereicht. Wie heisst es so schön im Sprichwort: «Gut Ding will Weile haben». Abwarten und nichts machen oder wenig machen ist manchmal gar nicht so schlecht, jedenfalls dieses Mal war es sicher so, dass man gut damit gefahren ist, dass man relativ lange zugewartet hat. Insgesamt ist das aber wohl doch eher eine Ausnahme.

Bei diesem Anliegen, bei dem es um die ökologische Aufwertung des Raumes um den Toggenburgerweiher ging, dort in der Nähe des Schlosses aussen im Hegifeld, ist inzwischen wirklich sehr viel passiert dank der gütigen Mithilfe des Kantons, der dort das Hochwasserbecken baut bzw. gebaut hat (es ist schon fast fertig). Von der Renaturierung ist schon sehr viel umgesetzt und ist in der letzten Runde. Von daher gesehen kann man sagen, dass das Anliegen erfüllt ist. Wir haben dort eine gute Aufwertung erhalten, einerseits für die Natur, andererseits auch für die Bevölkerung, für den Erholungsraum. Es spricht nichts dagegen, dass wir diese Motion wie vorgeschlagen abschreiben.

A. Steiner (GLP/PP): Es ist doch schön, wenn wir heute, im 2016, das letzte Geschäft vom letzten Jahrtausend abhaken dürfen. Umso schöner, wenn das Geschäft auch so positiv abgeschlossen werden kann, wie es Reto Diener auch schon gesagt hat. Wer heute in Hegi spazieren geht, der sieht, dass sich dort einiges, auch in Bezug auf Ökologie, sehr positiv verändert hat. Man hat in Kombination mit dem Hochwasserschutz auch sehr schöne Aufwertungen machen können. Ich freue mich, dass man dort in Zukunft viele zusätzliche Arten (viele Heuschrecken, Libellen, Amphibien etc.) und viele Leute, die auf Entdeckungstour gehen, sehen können wird. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass man die letzte Motion des letzten Jahrtausends mit sehr gutem Gewissen abschreiben kann.

L. Banholzer (EVP/BDP): Es freut mich zuerst einmal, dass da bei der Motion zum Toggenburgerweiher anno 1999 auch die EVP beteiligt war. Es freut mich auch, dass nach 16 Jahren dieses Anliegen als erledigt gelten kann. Das zeigt, dass die guten Sachen manchmal einfach eine Weile brauchen. Mit dem Bau dieses Hochwasserrückhaltebeckens, das der Kanton gemacht hat, wird der Raum ökologisch sehr aufgewertet und zu einem sehr vielfältig nutzbaren und attraktiven Naherholungsgebiet. Wie es einmal aussehen wird, kann man jetzt schon zum Teil sehen oder erahnen. V.a. die offenen Gewässer, die entstehen werden, tragen viel zur Attraktivität der Landschaft bei. Wir nehmen die Antwort des Stadtrats natürlich im zustimmenden Sinn zur Kenntnis und möchten diese Motion auch abschreiben.

D. Oswald (SVP): Auch die SVP Winterthur ist dafür, dass man das Geschäft erledigt. Das Votum von Annetta hat mich gerade ein bisschen herausgefordert. Als Bauernsohn möchte ich da schon darauf hinweisen: Dort hat man mit viel Geld Kulturland vernichtet. Der Kanton Zürich sollte ca. 44'000 Hektare Fruchtbodenfläche haben. Wir sind davon weit entfernt. Wir haben dort Boden geopfert für Naherholungsgebiet, wovon ich zugegeben ja auch selber profitiere, aber ich glaube, so ganz umweltfreundlich und tiptop, wie es jetzt dargestellt worden ist, ist das Ganze auch nicht. Mir wäre es grundsätzlich lieber, dort würde Weizen und Mais wachsen und es wäre nicht nur eine Kiesgrube.

A. Steiner (GLP/PP): Da muss ich natürlich schon eine Antwort geben. Ich komme gerne auf dieses Votum zurück, wenn es um die Zufahrtstrasse in Neuhegi geht (in Bezug auf m2, wo dort Kulturland vernichtet wird). Dann sind mir doch ein paar Naturflächen lieber als ein paar Teerflächen.

Stadtrat M. Gfeller: Es freut mich, dass der Gemeinderat grossmehrheitlich am Sachverhalt Freude gefunden hat. Der Stadtrat ist einhellig der Meinung, dass jetzt der Zeitpunkt ist, wo man diese Motion als erledigt abschreiben kann. Ich habe natürlich überlegt, ob ich als Motionär sprechen soll oder als Stadtrat – ich werde vielleicht ein bisschen von beidem machen. Es ist tatsächlich der letzte Vorstoss aus dem letzten Jahrtausend, deshalb werde ich ein bisschen nostalgisch noch 2-3 Dinge dazu sagen, aber zuerst möchte ich auf die kurze vorherige Kontroverse eingehen. Es ist mitnichten so, dass die ganze Fläche dieses Rückhaltebeckens nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden könnte. Die grösste Fläche, die dort heute schon eingeschränkt landwirtschaftlich nutzbar ist, ist der Segelflugplatz. Das ist zwar Wiesland, aber dort hätten die Segelflugfreunde wohl kaum Freude, wenn man plötzlich einen Maisacker daraus machen würde. Natürlich hat es dort auch – und das ist eigentlich das, was die Motion gefordert hat – Ersatzbiotope. Diese hat es auch gebraucht. Wenn man zurückblickt, hatten die Toggenburgerweiher vor 30, 40 oder 50 Jahren eine wesentlich höhere ökologische Qualität. Die Toggenburgerweiher hatten das Pech, dass die Zonengrenze mehr oder weniger mitten durch die Weiher durchging (da dazumals die Zonenplanung nicht gross auf die natürlichen Gegebenheiten Rücksicht nahm, sondern schon damals, ca. in den 60er Jahren, ein mögliches Trasse von einer neuen Strasse als Zonengrenze festlegte). In einer Industriezone ist es ziemlich schwierig, die ökologischen Werte zu erhalten. Das kann man auch gegenüber dem Grundeigentümer nicht durchsetzen. Deshalb hatten die Toggenburgerweiher das Schicksal der Industriezone, sie wurden degradiert oder z.T. auch aufgefüllt. Das führte zu einem deutlichen Artenverlust in diesem Gebiet und das hatte damals die drei Motionäre dazu bewogen, etwas zu unternehmen in diesem Gebiet, damit die ökologische Qualität vom ganzen Gebiet nicht weiter abnimmt, sondern dass man diese erhalten kann. Ich bin zuversichtlich, der Stadtrat ist sehr zuversichtlich, dass die ökologische Qualität sich wieder deutlich verbessern wird, wenn einmal alles angesät und angepflanzt ist und wenn dort die wasserliebenden Tierarten auch wieder ein neues Refugium finden werden. Vielleicht noch eine kleine historische Reminiszenz: Dazumals durfte ich Grüne/ LdU/DaP vertreten. Vielleicht wissen die einen von Euch nicht einmal mehr, wie diese Parteien heissen. LdU war «Landesring der Unabhängigen» (das war einmal die drittgrösste Partei im Kanton Zürich, das ist schon lange her), DaP war «Die andere Partei» (ursprünglich Demokratische Partei) – schon damals gab es solche kombinierten Fraktionen. Das nur als kleine Reminiszenz.

Was ich v.a. noch machen möchte - neben der Hoffnung, dass die ökologische Qualität wieder zunimmt und dass die Tierarten, die dort z.T. ausgestorben sind, vielleicht wiederkommen (wahrscheinlich kommen nicht mehr alle wieder), aber immerhin, es ist eine grosse Chance für eine Wiederbelebung – ist v.a. danken. Ich möchte dem AWEL danken, dem Kanton. Es ist ja der Kanton, der dieses Projekt gemacht hat, ein Hochwasserschutzprojekt, das nicht zuletzt der ganzen Winterthurer Altstadt dient. Wenn diese nämlich einmal überschwemmt würde, dann haben wir enorme Schäden finanzieller Art. Deshalb war es sicher angebracht, dort das Hochwasserrückhaltebecken für die Eulach, aber auch für die Gewässer, die von Wiesendangen her kommen, zu machen. Es ist nicht das einzige Hochwasserrückhaltebecken, es gibt noch mindestens am Mattenbach eines, das man auch noch machen muss, denn auch der Mattenbach kann ziemlich starkes Hochwasser bringen. Also der Dank gebührt v.a. dem AWEL. Das ganze Projekt ist jetzt vom Kanton (es wurde vom Kantonsrat vor ca. 2.5 Jahren bewilligt) und wird ausschliesslich durch Kantongelder bezahlt. Ein Dank geht auch an das Departement Bau, das die intensive Koordinationsarbeit gemacht hat mit dem Kanton. Im Zusammenhang mit den Akten, die ich zu diesem Thema Toggenburgerweiher hervorgesucht habe, möchte ich noch jemandem danken, den vielleicht auch nicht mehr so viele Leute hier kennen, ich aber finde, es gebührt ihm, da erwähnt zu werden: Die Amphibienzählungen, die Amphibienaufnahmen, aus den 60er und 70er Jahren, stammen von einem Jakob Forster. Er ist eigentlich die Koryphäe in Winterthur für Naturschutzfragen. Jakob Forster war rund 40 Jahre freiwillig und ehrenamtlich Mitglied der Naturschutzkommission. Ich habe ihn diesen Sommer mit einer Besichtigung im Raum Stadel und einem anschließenden Essen verdankenswerterweise aus der Naturschutzkommission entlassen dürfen, zusammen mit Ernst Bachmann aus Reutlingen, der wahrscheinlich in diesem Kreis durchaus noch bekannt ist. Man muss sich einfach noch einmal vor Augen führen, dass sich jemand

jahrzehntelang intensiv, kompetent und auch konsequent eingesetzt hat, freiwillig, für den Naturschutz in Winterthur. Das war Jakob Forster. Ich möchte an dieser Stelle nochmals danken.

Ich glaube, es ist eine gute Geschichte - was lange währt, wird endlich gut. Dank dem Kanton konnten wir gute Massnahmen begleiten und es hat die Stadt Winterthur wirklich sehr, sehr wenig Geld gekostet im Vergleich zu dem, was der Kanton bezahlt hat. Danke vielmals für die Aufnahme und das Abschreiben dieses Vorstosses.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich habe keine anderslautenden Anträge gehört. **Somit ist diese Motion erledigt und abgeschrieben.**

5. Traktandum

GGR-Nr. 15.43: Beantwortung der Interpellation D. Oswald (SVP), M. Baumberger (CVP) und St. Feer (FDP) betr. Führung und Organisation im Sozialdepartement

D. Oswald (SVP): Wir von der SVP Winterthur danken für die Interpellationsantwort zum Geschäft 2015.43. Es ist eine sehr gute Antwort, wenn man es primär auf die Kommunikation bezieht. Inhaltlich, materiell fällt unser Urteil gemischter resp. bescheidener aus. Ich möchte eigentlich den Punkt erwähnen zum Start, das steht in der Antwort zur Frage 6, wo man sagt: «Das Gesamtbild der verschiedenen Benchmarks wird mit dem Ziel analysiert, beeinflussbare Werte zu identifizieren.» Zugegeben, das ist nicht ganz einfach, das wurde schon hinlänglich bekannt von verschiedenen Seiten. «Wir haben nicht gross beeinflussbare Werte, und deshalb müssen wir einfach mehr Geld haben von anderen Seiten.» Das ist der Grundtenor in dem ganzen Thema Sozialkosten. Ich glaube, das sollte man schon den Mut haben, einmal Grenzen ein wenig zu überschreiten, einmal ausserhalb der gewohnten Grenzen zu denken und nicht nur zu sagen: Nur weil alle anderen Städten mit mehr als 100'000 Einwohnern auch etwa 6% Sozialhilfefälle haben, nur weil es allen anderen auch so geht, haben wir ohnehin keine andere Möglichkeit. Sondern dann müsste man sich fragen: Wie könnte man dann wirklich eine Befreiung schaffen, dass man mehr Werte beeinflussen könnte?

Wir haben da von der SVP aus auch schon den Vorschlag gemacht, dass man z.B. probieren würde, sich von der SKOS-Richtlinie zu befreien. Das wäre ein wichtiger Punkt der Städte, die einfach durch ihre Anonymität eine gewisse Funktion haben, eine gewisse Anziehung in gewissen Kreisen haben, dem muss man entgegenwirken. Das wäre halt wirklich die Aussage, dass wir unsere Leistungen im Sozialwesen selber bestimmen wollen. Nur so könnten wir diese Differenzen schaffen, nur so könnten wir dem Zuzug, der herrscht, und den wachsenden Sozialkosten entgegentreten. Das zeigt sich in der ganzen Interpellationsantwort: Man sagt immer, es sei halt sehr vieles vorgegeben und wir haben ganz viele Leute, denen wir helfen müssen und wir helfen gerne – und zahlen sollten auch die anderen. Ich glaube, das kann nicht wirklich das Ziel sein, weder von uns noch vom Kanton. Ein wichtiger Punkt auch in der Organisation selber: Wenn man so organisiert ist, die Unterteilung von kaufmännischer Fallführung und der Sozialarbeit macht, hat man schlussendlich eine Situation, wo niemand mehr verantwortlich ist, sich niemand mehr verantwortlich fühlt für einen Fall, wo auch die Gesamtübersicht gar nicht wirklich da ist über die einzelnen Fälle. Die organisatorische Trennung zwischen der kaufmännischen Fallführung und den Sozialarbeitern, die die Fälle behandeln, ist nicht zielführend. Das sollte man verändern. Schlussendlich würde man auch eine bessere Vergleichbarkeit bringen mit den anderen Städten.

Zur Frage 2: Dort geht man sehr stark auf die armutsbetroffenen Personen ein. Es ist wie gesagt (davon sind auch wir von der SVP überzeugt) so, dass es immer Leute geben wird, die Unterstützung der öffentlichen Hand brauchen. Es ist so, es kann allen passieren, dass sie in eine solche Situation kommen – aber trotzdem wird mit dem Begriff «armutsbetroffen» halt doch auch gespielt und schlussendlich der Level, wo man unterstützt, immer weiter nach oben getrieben. Es gibt keine schlüssige Definition oder keine gemeinsame Definition, ab wann jemand armutsbetroffen ist. Armutsbetroffen hängt auch von meinen Bedürfnissen ab,

nicht nur von meinem Einkommen, etc. Da sind wir der Meinung, dass man nach wie vor bei der Stadt Winterthur sagt, man müsse sicher jedem helfen und es dürfe gar niemand durch das Netz fallen. Dafür wird der ganze Level sehr hoch angesetzt.

Ich habe es eingangs schon erwähnt: Es geht um die Verteilung der Sozialkosten, die angesprochen werden, wo auch der Soziallastenausgleich ins Feld geführt wird. Das ist eine Möglichkeit. Es gibt aber auch eine zweite Möglichkeit, wenn man sagt, dass man Aussengemeinden hat, die die Sozialfälle auf die Stadt Winterthur verschieben. Statt mehr Geld von den anderen zu wollen kann man auch sagen, dass man will, dass sie Sozialhilfefälle übernehmen müssen. Gerade die linke Seite ist ja Fan der Europäischen Gemeinschaft, dort macht man das auch so mit den Flüchtlingen. Man will nicht einfach Geld für die Flüchtlinge, Deutschland sagt auch, dass sie die Flüchtlinge verteilen wollen. Also, wieso sagen wir als Stadt Winterthur: Ja, die Leute sind da, denen müssen wir helfen, wir müssen einfach mehr Geld haben? Das ist für mich auch der zusätzliche Beweis, dass Ihr nicht wirklich interessiert seid, dem entgegenzutreten und Grenzen zu setzen. Man könnte auch wirklich einmal die Forderung stellen, andere Gemeinden müssen nicht Geld schicken, sondern andere Gemeinde sollen Sozialhilfefälle übernehmen. Ich glaube, das wäre wirklich das Ziel, damit würde man auch ein Signal nach aussen senden, dass es bei uns nicht grenzenlos ist, dass man kommen kann und sichergestellt ist, dass man Geld bekommt, sondern dass auch hier gut hingeschaut wird. Das ganze Thema ist natürlich von uns vom Parlament aus sehr schwierig in diesem Detail zu steuern, wo man steuern müsste – ich glaube, da braucht es das wirklich, dass man von der Departementsführung her mit einem anderen Ziel darangeht und nicht einfach sagt, es müsse möglichst viel Geld hineinkommen, damit man es verteilen kann, sondern dass man Grenzen setzt und sagt, dass man nicht bereit ist, alles zu übernehmen, auch da sind Grenzen da. Die anderen Gemeinden soll man miteinbeziehen, aber nicht in erster Linie in dem Sinn, dass man mehr Geld will, sondern dass man in den Diskussionen mit den Gemeinden auch sagt, dass sie auch Fälle übernehmen müssen. Dann gäbe es auch Varianten, die auch einmal zu Gunsten von Winterthur diskutiert werden könnten. Ich bin überzeugt, dafür würden sich Lösungen finden lassen und es wäre nicht nur einseitig auf das Geld konzentriert.

Wir nehmen diese Interpellationsantwort zur Kenntnis und sind davon überzeugt, dass wir da noch nicht am Ziel sind und noch viel an diesem Thema arbeiten werden müssen.

K. Brand (CVP/EDU): Es trifft zu, dass die Sozialhilfequote in Winterthur über dem üblichen Durchschnitt liegt. Das bestätigt der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort. Der Stadtrat prüft laufend die Situation auf Handlungsbedarf. So hat er das Büro BASS beauftragt, Lösungen zu suchen. Diese sind nun umsetzbare, doch die Entwicklung der Ströme von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern nicht so einfach zu stoppen. Der Stadtrat und die sozialen Dienste befassen sich laufend mit dieser Problematik. Der IAFP zeichnet da aber ein eher düsteres Bild auf. Die Armutsbekämpfung ist kaum innerstädtisch lösbar, das muss in Kombination mit Kanton und Bund gelöst werden. Der Stadtrat hat das gemäss Antwort erkannt und geht auf diesem Weg. Die CVP/EDU dankt dem Stadtrat für das grosse Engagement, den Sozialhilfebezug einzudämmen.

St. Feer (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung von dieser Interpellation und nimmt diese mit gemischten Gefühlen entgegen. Ich weiss nicht, wie es meinen Vorrednern erging beim Durchlesen der Antwort. Irgendwann kam mir der Ausdruck «Friede, Freude, Eierkuchen» in den Sinn. Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Interpellation zielt im Titel auf das Thema «Führung und Organisation» und möchte vom Stadtrat vertieft Antwort auf die Gewichtung dieses Themas und die getroffenen Massnahmen. Ganz generell: In der Antwort wird der Stadtrat nicht müde, die vielen guten Massnahmen aufzulisten, die Winterthur als Leuchtturm im Krisenmanagement rund um die explodierenden Sozialkosten unternimmt. So wird mit Begriffen wie voneinander lernen, Engagement, Vorbild, best practice etc. doch sehr grosszügig umgegangen. Natürlich ist es richtig und wichtig, dass sich die Stadt z.B. für Lastenausgleich einsetzt, das entbindet die Stadt aber noch lange nicht von der konsequenten Bearbeitung der Probleme vor der eigenen Türe. So werden in dieser Antwort des Stadtrates zahlreiche Beispiele genannt, z.B. Projekt Passage

oder ZAS, aber auch Beispiele von Reorganisation und effizienter Zusammenarbeit innerhalb vom Departement. Obwohl in der stadträtlichen Antwort grosses Gewicht auf Kennzahlen und Reporting gelegt wird (man fragt ja auch danach), fehlen aber bei all diesen Projekten und Reorganisationen, die aufgelistet werden, die entsprechenden Zahlen. Nur gerade beim ZAS wird eine Zahl genannt, nämlich die 56%, die steht aber völlig alleine da in der Landschaft. Sie gibt keine Antwort auf die Fragen, auf welchen relevanten Zeitpunkt sich dieser Wert bezieht, was war der Wert vor der Massnahme, welches war der Zeitwert, was war die Abweichung, warum positiv/negativ und was ist der Zeitwert in Zukunft. Da wäre ich als Interpellant froh gewesen, wenn etwas mehr zum Thema Controllingkompetenz zum Vorschein gekommen wäre beim Sozialdepartement. Der Umgang mit Sozialem und eine saubere Darstellung und Beantwortung von Fragen trägt viel zur Lösungsfindung und zum Vertrauen zwischen Exekutive und Legislative bei. Bei der Interpellationsantwort im Anhang hätte man z.B. eine Art Benchmark-Liste anfügen können, um aufzuzeigen, mit welchen Zahlen und Darstellungen man arbeitet und welche Schlüsse daraus gezogen werden.

Abschliessend noch ein paar allgemeine Bemerkungen zum Thema Kennzahlen und Reporting, die sich nicht nur auf das Sozialdepartement beziehen, sondern von ganz allgemeiner Bedeutung sind: Für Kennzahlen ist es wichtig, dass sie richtig erhoben werden und eindeutig sind. Diese Zahlen müssen zur richtigen und verständlichen Führungsinformation aufbereitet werden. Alle Adressaten müssen die Informationen richtig verstehen. Die daraus resultierenden Analysen müssen stimmen und zum Schluss müssen dann auch noch die richtigen Massnahmen getroffen werden. Damit sind wir dann wieder beim Anliegen der Interpellanten. Zu all diesen Punkten gibt die stadträtliche Antwort dem Leser keine Sicherheit.

Die FDP-Fraktion hat beim Budget dieser Stellenaufstockung aufgrund des BASS-Berichtes zugestimmt. Das kann man auch so deuten, dass das doch in einem gewissen Vertrauen mündet, dass da etwas geht, aber diese Interpellationsantwort des Stadtrates gibt leider zu wenig Sicherheit, dass wir wirklich auch sagen: Doch, man ist auf einem guten Weg.

J. Altwegg (Grüne/AL): Diese Interpellation war ein wahres Stakkato an Fragen an das Sozialdepartement, und das obschon eigentlich die Motion für das Büro BASS bereits unterwegs war. Der Stadtrat hat mit stoischer Sachlichkeit diese Suggestivfragen beantwortet und man hat mit dem über 100 Seiten langen Bericht des Büro BASS auch alle Unklarheiten beseitigt bekommen. Es wurden viele Massnahmen aufgezeigt, die man machen kann. Ein paar kurze Bezüge zu den Antworten der Interpellation: Es gibt unterschiedliche Lesarten. Klaus Brand liest, dass Winterthur viel mehr hat als der Durchschnitt – ja natürlich. Aber es steht eben auch, dass Städte von vergleichbarer Grösse (Basel, Bern, St. Gallen, Luzern) eine vergleichbare Steigerung haben wie Winterthur. Wir sind also kein Spezialfall, wenn man mit ähnlichen Städten vergleicht. Bei der Frage 2 ist beantwortet worden: «Organisatorische Massnahmen werden im Bereich Soziale Dienste laufend geprüft und umgesetzt.» Auch da durften wir in der letzten Zeit immer wieder erfahren, dass das DSO sich tatsächlich ständig am Verbessern ist. Ich möchte noch Bezug nehmen auf Daniel Oswald, der fand, bei den SKOS-Richtlinien könne man diese Grenze überschreiten. Das Meiste sind kantonale und Bundesgesetze. Diese Grenze können wir wohl wirklich nicht allen Ernstes überschreiten wollen. Das ist kaum angezeigt. Wenn wir diese Gesetze brechen würden, wären wir auf der schlechten Seite. Zudem trampeln wir auf denjenigen herum, die nichts haben. Ich glaube, das ist das falsche Ende, wenn wir diesen noch mehr wegnehmen wollen. Das Büro BASS hat viele Lösungswege aufgezeigt, einige sind wir bereits schon am machen. Diese sind alle gesetzeskonform und halten die Regeln ein. Es wäre schön, wenn wir diese Leute einfach zu unseren Nachbargemeinden verschieben könnten und sagen könnten, es ginge nicht um Geld. Der Punkt ist: Es sind Menschen und nicht Ware. Menschen kann man nicht einfach verschieben, von uns zu anderen Gemeinden. Es geht nicht um einfache Zahlenbeispiele, es geht um Menschen, die bei uns leben, die unter uns leben. Ich habe letztes oder vorletztes Mal Bilder gezeigt von typischen Sozialhilfeempfängern, wie z.B. eine Witwe, die schon länger auf Sozialhilfe angewiesen ist. Ich glaube, es ist schäbig, wenn man bei diesen spart.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Vorab ist festzuhalten, dass die zufriedenstellende Finanzierung der Sozialhilfe

der Quadratur des Kreises gleichkommt. Wir stellen fest, dass Winterthur eine ausgeklügelte und tragfähige Sozialbehörde hat, die effizient mit verschiedensten Partnern zusammenarbeitet. Manchmal liegen die Herausforderungen nicht in der Führung und/oder der Organisation des Departements, sondern basieren auf anderen Aspekten. Ich nenne heute Abend zwei davon: Erstens im Bericht «Facts und Trends» von der Sozialhilfe, der kürzlich vorgelegt wurde, ist von einem «grösser werdenden Sockel von Langzeitbeziehenden» die Rede. Zu einem erheblichen Teil sind davon Menschen über 50 Jahre betroffen, die aus den verschiedensten Gründen auf dem Arbeitsmarkt keinen Platz mehr finden. Investiert die Stadt nicht mehr in Integrationsprogramme für diese Klientel, so ist das eine Entscheidung, die uns langfristig enorm teuer zu stehen kommt. Konkret heisst das: Die Stadt bezahlt bis zum AHV-Alter, das ja noch ansteigen wird, vermutlich ca. 15 Jahre Sozialhilfe. Integrieren kann man aber nur dort, wo der Markt Arbeitsplätze bietet. Was nützt ein Programm, wenn kein Arbeitgeber gewillt ist, den älteren und teureren Arbeitnehmer zu beschäftigen? Der Fokus auf die jungen Bezüger ist daher nachvollziehbar. Aus unserer Sicht gilt es jedoch, jedem Menschen im erwerbsfähigen Alter die Hoffnung auf eine Wiederanstellung zu erhalten, denn Hoffnungslosigkeit macht den Menschen an Körper, Geist und Seele krank und belastet damit die Staatskasse in weitaus grösserem Ausmass. Wir Parlamentarier stehen in der Pflicht, nach geeigneten Lösungen zu suchen. Der zweite Punkt ist die ungleiche Verteilung der Sozialbeziehenden in den Städten und Gemeinden. Seit Jahren kämpft die Stadt mit Kanton und Bund um einen besseren Sozillastenausgleich. Es kann nicht sein, dass Gemeinden mit Verzögerungstaktik oder schlichtweg einer Ignoranz den notleidenden Menschen die Türe vor der Nase zuschlagen. Die Stadt, die gut aufgestellt ist, hat da klar eine erhöhte Anziehungskraft. Von unseren Leistungen dürfen solche Gemeinden letztlich profitieren, wenn sie bereit sind, dafür ins eigene Portemonnaie zu greifen. So lange die Niederlassungsfreiheit in der Verfassung festgelegt ist, können gewisse Gemeinden immer noch Leute «hinausekeln». Zudem sind wir als EVP/BDP-Fraktion davon überzeugt, dass auch durch enge Fallführung und Projektfalllast im nächsten Jahr (Sommer 2017) aufschlussreiche Informationen geliefert werden, wie es im DSO weitergeht.

S. Näf (SP): Die Beantwortung dieser Interpellation erfolgte bereits Ende 2015. Inzwischen liegt uns die Studie des Büro BASS vor, von der nun auch schon mehrfach die Rede war, und über die im Rat auch bereits ausführlich debattiert wurde. Wesentlich erscheint uns jetzt, dass die in diesem Bericht aufgezeigten Beeinflussungsmöglichkeiten der Kosten, die vom Stadtrat prioritär eingeschätzt wurden, möglichst bald an die Hand genommen und auch hier im Gemeinderat unterstützt werden. Heute in der Budgetdebatte haben wir da bereits erste wichtige Schritte dazu unternommen. Auch wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Studie von der ZHAW, die uns im Verlauf des nächsten Jahres vorliegen sollen, und die wissenschaftlich belegen sollen, ob eine reduzierte Falllast von den Sozialarbeitenden zu tieferen Fallzahlen beiträgt. Wir hoffen, dass wir mit diesen Ergebnissen die Falllast dann weiter beeinflussen können. Bezugnehmend auf die in der Interpellation beschriebene Ausgangslage möchten wir noch anmerken, dass im Kennzahlenbericht 2015 von der Städteinitiative Sozialpolitik, die am 23. August 2016 vorgestellt worden ist, das Ergebnis präsentiert wurde, dass die räumliche Mobilität von Sozialhilfebeziehenden relativ wenig Einfluss auf die Fallzahlen der Städte hat. D.h. dass die meisten Sozialhilfebeziehenden schon in dieser Stadt gewohnt haben, wo sie nachher Sozialhilfe beziehen. Was gemäss dieser Studie auch für die Stadt Winterthur gilt.

In Bezugnahme auf die SVP möchten wir noch anmerken, dass wir sicher keinen Negativwettbewerb zwischen den Gemeinden möchten in Bezug auf die Armutsbetroffenen und ausserdem die SKOS-Richtlinien gesetzlich im Kanton Zürich angewendet werden. Auch die Niederlassungsfreiheit von Sozialhilfebeziehenden ist uns ein grosses Anliegen. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation und nehmen die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

K. Cometta (GLP/PP): Vorab: Natürlich beunruhigen die steigenden Sozialhilfekosten wohl alle in diesem Saal und auch uns von der GLP. Deshalb haben wir mit Euch zusammen und mit der SVP das Postulat zu den Steuerungsmöglichkeiten beim DSO eingereicht. Daraus

resultierte der Bericht vom Büro BASS und heute haben wir mit dem Budget die Massnahmen des Berichtes beschlossen. Man muss wirklich sehen: Der Vorstoss ist einer von einer ganzen Flut von Vorstössen, die 2015 eingereicht wurden. Ich hatte auch etwas den Eindruck von «Friede, Freude, Eierkuchen» beim Lesen, aber das muss man wirklich auch vor dem Hintergrund sehen, dass das DSO sehr viele Vorstösse beantwortet hat und eigentlich das Postulat zu den Steuerungsmassnahmen der massgebende Vorstoss war. Und ja, Daniel Oswald, ich bin einverstanden: Wir sind noch nicht am Ziel. Damit sind wohl alle hier drin einverstanden. Aber wir sind auf dem Weg. Das DSO hat sehr viel gemacht in den letzten zwei Jahren: Steuern durch Zahlen wurde angegangen, man wurde viel besser im Controlling, man wurde viel besser im Budgetieren, das spürte man wirklich deutlich. Auch im organisatorischen Bereich gab es Optimierungen oder man ist daran (dynamische Fallsegmentierung, ZAS, Passage). Dort ist man gut aufgestellt, aber es ist auch logisch, dass es ein laufender Prozess ist zum Optimieren und immer wieder neue Wege zu suchen und auszuprobieren. Wir erwarten auch mit Spannung die Projektergebnisse zu einer Fallführung, zur Fallbelastung. Wichtig finden wir auch die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, also mit anderen Gemeinden, dem Kanton, den RAVs – sowohl in fachlicher Ebene, wo es mehr darum geht, dass man voneinander lernt, wie aber auch auf politischer Ebene, wo es darum geht, dass man gegenüber den höheren Staatsebenen auch Einfluss nimmt. Was noch nicht gesagt wurde heute Abend, das möchte ich schon noch betonen, ist die Rolle der neuen Sozialhilfebehörde. Wir haben heute Abend zum ersten Mal einen Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen. Wir erwarten dort wirklich auch künftig eine gewichtige Rolle im Sinne eines strategischen Führungsorgans und auch als Aufsichtsinstanz und wir erachten diese Arbeit als sehr wertvoll.

Stadtrat N. Galladé: Ich möchte gleich bei Frau Cometta beginnen, das sind zwei wichtige Dinge zu sehen, in welchem Kontext man ist. Erstens können Sie nicht mit allen Vorstössen erwarten, dass wir jedes Mal die ganze Welt erklären. Wenn man alle Vorstösse und Studien, die man bereits gemacht hat, zusammenfasst, kann ich Ihnen das vielleicht einmal als gebundene Ausgabe präsentieren, als Enzyklopädie. Wenn Sie das alles lesen würden, dann würden Sie wahrscheinlich auf fast alles, was in dieser und jener Beantwortung aus Ihrer Sicht fehlt, in der dritten wieder sehen. Es ist ein wenig eine Unkoordiniertheit da, ich kann mich noch an die Interpellation von David Schneider erinnern, «Kostenexplosion in der Sozialhilfe» (ca. eine 15seitige, sehr breite Auflistung); dann der Vorstoss von Frau Cometta erwähnt, den man sehr aufwändig alles gesammelt und gemacht hat; dann gab es noch 3-4 andere Vorstösse. Sie können nicht erwarten, dass immer überall alles steht. Das zweite, das Frau Cometta erwähnt hat, ist die Rolle. Wir machen sehr viele Reportings zuhanden der Sozialhilfebehörde. Das ist eine Behörde, die eine Aufgabe hat, bei der Sie quasi zuhanden des Volkes die Aufgabe definiert haben, nämlich die strategische Führung, die Kontrolle. Da ist man dran, da gibt es sehr viele Reportings. Und in der SSK, die ein bisschen der geeigneteren Rahmen ist (da ist es auch schon fast intim unter Ausschluss der Öffentlichkeit, trotzdem willkommen da im Publikum), da kann man an den Dingen arbeiten und auch weiterziehen. Da glaube ich, dass wir wirklich auf einem guten Weg sind. Jetzt ist da eine andere Anfrage von anderen Interpellanten. Die Frage ist immer, was sie mit diesen Fragen für Antworten wollen. Man gibt sich Mühe, macht und tut, und dann kommt es offenbar nicht ganz wie gewünscht heraus (bei den einen, die grosse Mehrheit sagt, wie er herausgehört hat, schon, im Kontext vom Ganzen versteht man und ist zuversichtlich, dass man gut unterwegs ist – und es sind ja die, die ein bisschen besser Bescheid wissen, die sich da positiv geäussert haben). Inhaltlich sagte Herr Oswald 2-3 Dinge, die ich schon noch rasch ansprechen möchte. Sie sagen, die Städte sollen sich von der SKOS-Richtlinie befreien. Zu dem Zeitpunkt waren die SKOS-Richtlinien ein sehr grosses Thema in den Medien. SKOS machte eine Umfrage bei allen Städten, Gemeinden und Kantonen in der Schweiz. Drei Viertel (und Sie können davon ausgehen, dass das in der Mehrheit wahrscheinlich SVP-regierte sind) sagte, das sei gut so, man braucht die SKOS-Richtlinien. Man kann über diese reden, man kann über diese diskutieren. Ich war als Städtevertreter mit 26 Sozialdirektoren an einem Tisch. Wenn Köbi Stark aus dem Thurgau mit dem Genossen aus dem Jura spricht, sieht man mal, wie breit die Schweiz ist. Wenn man dann sagen muss, ja, man will eigentlich Richtlinien, dann ist das,

was man jetzt hat, der kleinste gemeinsame Nenner. Aber: Die Städte werden sicher immer verlieren. Wenn es keine SKOS-Richtlinien gibt, dann gibt es einen race to the bottom. Man sieht es, viel banaler geht es nicht mehr: Die Säule da in der Statistik ist nach Grösse der Städte Sozialhilfekennzahl. Das ist nun mal die Realität. Wir können an vielem arbeiten, aber wenn Sie in einer Gemeinde wohnen wollen, die 1% oder weniger hat, dann ist die Wahrscheinlichkeit am Grössten, wenn Sie in eine Gemeinde ziehen mit 1'000 Einwohnern. Wenn man eine urbane Grossstadt ist, dann gehört ganz Vieles dazu, in einer breiten Facette, und wahrscheinlich auch, dass man neben mehr Kultur auch einen höheren Anteil an Sozialhilfebezügern hat. Sie können nicht den 5er und das Weggli haben, das ist der Punkt. Das entbindet uns nicht davon, dass wir daran arbeiten, das haben wir glaube ich an anderer Stelle sehr breit bewiesen, dass wir da auch daran sind.

Und als Letztes zum Soziallastenausgleich: Ja, vielleicht müsste man schauen, die Leute mehr zu verschieben... Es gibt ein Abschiebeverbot im sogenannten «Kanton Zürich». Man klärt bei jedem ab, aus welcher Gemeinde er kommt. Darauf schaut man, das macht man, das mag es im Einzelfall auch geben, aber wahrscheinlich ist es wirklich so, dass es gewisse Gemeindetypen und Städte gibt. Da können Sie auch mit Parteikollegen aus Dietikon diskutieren, Herr Oswald, die sehen das sehr ähnlich. Auch die sagen, man muss diese Lasten ausgleichen. Und alles, was man in diese Richtung sagt, von Leuten abschieben und herumschieben und zurückschieben, ist nicht nur ein bisschen menschenunwürdig und sehr unliberal meiner Meinung nach (Frau Huizinga hat die Niederlassungsfreiheit erwähnt), sondern es ist letztlich auch nicht zielführend, weil es im Grossen und Ganzen nicht funktionieren wird. Ich glaube, wir müssen uns miteinander einsetzen für einen Soziallastenausgleich. Wir können diese Lasten tragen, Städte haben eine grosse Integrationskraft, aber wir müssen es nicht auch noch zahlen. Bei den Steuern hat man einen Ausgleich, da hat man einen Ressourcenausgleich, der nicht zeigt, dass man in Küsnacht den Faktor 10 mehr Steuerkraft hat als in anderen Gemeinden. Dort gleichen wir das einfach aus bis auf 55% - da wird es zu 0% ausgeglichen. Solange wir das nicht angehen, müssen wir auch nicht von Plänen B und C sprechen, dann haben wir einfach ein Problem. Wir aber sind in unserem Bereich, operativ, sehr klar dran. Aber man muss einfach auch sehen, wo die Beeinflussbarkeit ist und wo sie nicht ist und sich dann auf das konzentrieren, das man beeinflussen kann.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Besten Dank. **Auch dieses Geschäft ist somit erledigt.**

6. Traktandum

GGR-Nr. 16.20: Begründung des Postulats B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter

B. Huizinga (EVP/BDP): Die älter werdende Bevölkerung, das Schwinden von traditionellen sozialen Netzen, Kostensteigerungen und drohende Personalknappheit in der Alterspflege bedingen neue zeitgemässe Lösungen, um das Älterwerden einfach zu machen. In der Altersplanung 2014 von der Stadt wird festgehalten, ich zitiere: «Ältere Menschen übernehmen Verantwortung, stellen ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung, um auch andere Generationen stark zu machen. Sie leisten ihren gesamtgesellschaftlichen Beitrag ohne ausgenutzt zu werden.» Der Stadtrat wird durch dieses Postulat in der Zeitvorsorge gebeten, verschiedene Modelle zu prüfen. Zeitvorsorge, wie sie bereits in der Stadt St. Gallen existiert, hat zum Ziel, älteren Menschen so lange wie möglich das Leben zu Hause zu ermöglichen. Dazu sollen die Lebenserfahrung und die zeitlichen Ressourcen von den aktiven und rüstigen Rentnerinnen und Rentnern genutzt werden. Jede Person in der Stadt, die pensioniert oder mind. 60 Jahre alt ist, kann als Zeitvorsorger aktiv werden. Zeitvorsorger helfen betagten Menschen im Alltag und leisten ihnen Gesellschaft. Eine Stiftung oder die beteiligten Institutionen wie Alterszentrum, Spitex, privater Verein o.ä. vermitteln diese Einsätze und führen Buchhaltung. Den Betreuerinnen und Betreuern werden die geleisteten Stunden auf einem persönlichen

Zeitkonto gutgeschrieben. Später, wenn die Betreuenden selber einmal im Alltag Hilfe brauchen, haben sie Anspruch auf ebenso viele Stunden Betreuung. Pflegerische und medizinische Leistungen sind von der Zeitvorsorge ausgeschlossen. Zu klären wäre, welche Rolle die Stadt übernehmen würde. Es könnte z.B. diejenige der Garantin sein, sie würde für eine langfristige Einlösbarkeit der Zeitgutschrift durch Betreuungsleistungen allenfalls über Leistungen der städtischen Spitex stattfinden. Ich persönlich bin der Meinung, dass das Modell von einer Zeitvorsorge eine günstige Möglichkeit ist im Sinn von «Hilfe zur Selbsthilfe». Danke für die Unterstützung.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Mir wurde ein Ablehnungsantrag zugestellt, ich bitte Urs Obrist um dessen Begründung.

U. Obrist (SVP): Die SVP lehnt dieses Postulat ab. Es ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, ein solches Konzept auszuarbeiten. Es würde nur eine neue Bürokratie entstehen, was uns nur viel Geld kosten würde. Diese Aufgabe sollte vielmehr eine private Stiftung übernehmen oder privaten Anbietern überlassen werden. Eine allfällige Anstossfinanzierung durch die öffentliche Hand müsste in einer festgelegten Frist zurückerstattet werden. Deshalb sagen wir Nein und lehnen das Postulat ab.

K. Cometta (GLP/PP): Die Herausforderungen, denen wir begegnen, sind gross. Wir haben einen demografischen Wandel, die Leute werden älter, wir haben soziale Netze, die zurückgehen, Familien, die nicht mehr im Nachbarhaus wohnen. Wir haben auch sonst soziale Herausforderungen im Alter, ich denke da gerade an die Vereinsamung, die ein grosses Thema ist, und natürlich haben wir auch gewaltige Kosten, die auf uns zukommen. Es ist eigentlich ein logischer Grundsatz, dass man «ambulant vor stationär» fordert. Es ist aber auch klar, der Staat kann nicht alles richten, aber die Aufgabe des Staates ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, gute Rahmenbedingungen, auch um Selbsthilfe zu ermöglichen. Das Zeitvorsorge-Konzept ist noch sehr in den Anfängen. In St. Gallen gibt es zwar ein Beispiel, es gibt auch Beispiele ausserhalb der Schweiz (in Japan z.B. gibt es ganz viele Ansätze), aber da ist man sicher gefordert, um neue und innovative Wege zu gehen. Die Idee ist simpel und besticht: Rüstige Rentnerinnen und Rentner können gebrechliche Rentnerinnen und Rentner unterstützen und bekommen im Gegenzug später dann auch Unterstützung. Aber eben: Man ist noch am Anfang bei diesen Konzepten und wir müssen noch viel Hirnschmalz verwenden. Und die Rolle der Stadt ist da auch noch nicht geklärt, ich kann gewisse Bedenken schon verstehen. Man sieht die Rolle der Stadt Winterthur primär wie als «Geburtsshelferin», als Anstossfinanziererin, als eine, die konzeptionell vordenkt in einem solchen Modell. Es muss im Übrigen auch darauf geachtet werden, dass man die quasi konventionelle Freiwilligenarbeit nicht unterwandert, sondern dass man sie stärkt mit solchen Modellen. Aber für uns als liberale Partei ist es klar, dass wir solche Ansätze unterstützen, die Hilfe zur Selbsthilfe fördern. In dem Sinne schauen wir dem Bericht des Stadtrates gespannt entgegen – sofern das Postulat überwiesen wird, natürlich.

B. Helbling (SP): Die Lebenserwartung von uns allen steigt stetig an. Wir werden immer älter, wir möchten gerne unsere Autonomie so lange wie möglich gewahrt wissen. Wie vorher schon gesagt: Das System der Zeitvorsorge besticht wirklich, weil man so sagen kann: Wenn man noch fit ist, dann macht man etwas für ältere Mitmenschen und hat dafür nachher etwas, nämlich ein Zeitguthaben. Man weiss aus den Erfahrungen aus dem Ausland (von St. Gallen habe ich noch nichts gehört), dass beide, die Unterstützten und die Unterstützenden, profitieren können. Älteren Leuten fällt es manchmal ziemlich schwer, Hilfe anzunehmen. Wenn sie wissen, dass es etwas gibt für diejenigen, die unterstützen, kann das helfen. Die ganzen sozialen Begegnungen, die manchmal nicht mehr durch die Kinder, die weiter weg sind, oder durch Nachbarn geleistet werden können, können so ersetzt werden. Wir sind wirklich daran, jetzt bei «ambulant vor stationär» nach neuen Möglichkeiten zu suchen, wie z.B. Zeitvorsorge oder auch die Idee der Nachbarschaftshilfe mit Zeitgutschriften. Diese zu prüfen, ist sicher ein erster Schritt. Die Stadt Winterthur ist da einmal in der Verantwortung, auch zu schauen, bei einem Konzept mit verschiedenen Organisationen zusammen, was man da machen könnte.

Gibt es da Angebote, die man integrieren könnte, welche involvierten Stellen und Organisationen müsste man ausserhalb und innerhalb der Stadtverwaltung anfragen, was wären die Kostenfolgen und was wären die ersten Schritte auf dem Weg zu einem solchen Angebot? Wir hoffen auf Unterstützung zur Überweisung.

J. Altwegg (Grüne/AL): Wir müssen etwas für die Alterungsplanung machen. Das hat man nicht nur in Winterthur erkannt, sondern in der ganzen Schweiz. Ich glaube, ich darf das sagen, da ich doch regelmässig durch die Deutschschweiz reise und über das Mehrgenerationenhaus referiere. Das ist ein möglicher Ansatz gegen die Vereinsamung von älter werdenden Menschen. Ein zweiter möglicher Ansatz ist eben diese Zeitvorsorge, wie wir das in dem Postulat erklärt haben. Menschen, die im Austausch mit anderen Menschen stehen, werden nachweislich deutlich später pflegebedürftig. Genau diese Pflege ist es aber, die bei uns einer der grössten Kostentreiber in der sozialen Wohlfahrt ist. Nur schon aus ökonomischen Gründen ist es deshalb zentral, dass man in Winterthur auch so eine Zeitvorsorge in irgendeiner Form vorantreibt. Es gibt bereits einen Verein, der sich um das Ganze kümmert. Eine private Initiative gibt es in diesem Sinne also schon. Unsere Aufgabe wäre es nun, mit der öffentlichen Hand einen Rahmen für gutes Gedeihen zu setzen. Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, mögliche Wege aufzuzeigen. Idealerweise setzt man sich für ein solches Zeitvorsorgekonzept mit den bestehenden Gruppierungen zusammen, um herauszufinden, wie man das machen könnte. Die politische Breite der Einreichenden dieses Postulates zeigt, dass wir wahrscheinlich auf dem richtigen Pfad sind. Wir hätten uns natürlich gefreut, wenn auch die SVP sich hätte zur Unterstützung durchringen können, schliesslich kann man mit einem solchen Zeitvorsorgesystem viel Geld sparen. Dem Rest danke ich schon einmal für die Überweisung dieses Postulates.

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion hat sich zu diesem Postulat einige Gedanken gemacht und kann sich mit dem St. Galler-Modell nicht erwärmen. Nach genauem Hinschauen und Durchlesen dieses Zeitguthaben-Modelles für alternde Menschen ist Folgendes zu sagen: Das St. Galler Modell ist ein Pilotprojekt und in der Probephase. Es ist sehr komplex und gemäss Bericht auf St. Gallen und deren Bevölkerungsstruktur ausgerichtet. Der Ansatz zu diesem Postulat ist prüfenswert unter Berücksichtigung der Winterthurer Stadtbevölkerungsstruktur. Der administrative Aufwand soll so einfach wie möglich gehalten werden, was beim St. Galler Modell nicht der Fall ist. Für die CVP/EDU-Fraktion gibt es bei der Beurteilung dieses Postulates zu viele offene Fragen, was wiederum nicht heissen soll, dass die Pflegesituation und die Finanzierbarkeit der Zukunft nicht nachhaltig gelöst werden muss. Mit der Überweisung kann der Stadtrat diese Frage klären. Die CVP/EDU-Fraktion hat zu diesem Postulat uneinheitliche Meinungen.

D. Schneider (FDP): Die FDP unterstützt das Postulat. Es ist grundsätzlich eine gute Idee, etwas Innovatives. Ich kenne das selber nicht, aber es funktioniert schon mehr, als wir denken. Aber wenn es gelingt, mit diesem Postulat auch zu inspirieren, v.a. auch private Träger und neue Träger, die sich von dem ganzen inneren gesellschaftlichen Zusammenhalt, den man zu stärken probiert, angesprochen fühlen, dann wäre das für uns eine sehr positive Postulatsantwort. Ich würde mich freuen, wenn man das einfach machen würde, z.B. die St. Galler einmal in die SSK kommen würden und kurz erzählen würden, bevor man mit grossen Recherchen beginnt. Ich finde es erstaunlich, dass das über ein Postulat zu uns kommt und nicht schon vorher, wenn die St. Galler das schon machen. Ich bin gespannt auf die Postulatsantwort und finde es eigentlich eine gute Idee und einen guten Ansatz, der da kommuniziert wurde.

Z. Dähler (CVP/EDU): Auch ich finde es eigentlich eine gute Idee, diese Altersvorsorge. Ich bin aber eher bei der SVP, die sagt, das müsse privat organisiert sein. Das ist das Konzept, das weltweit wahrscheinlich am ehesten verbreitet ist, nämlich dass die Familie sowohl für ihre Kinder wie auch für ihre alten oder älter werdenden Familienmitglieder sorgt. Für mich ganz klar eine private Angelegenheit. Es ist mir bewusst, wir sind in der reichen Schweiz, wir haben einen ausgebauten Sozialstaat, bei dem man solche Dinge halt delegiert, um sich sel-

ber bequem zurücklehnen zu können. Was für mich auch noch ein wichtiger Punkt ist, wieso ich es ablehne: Es ist etwas, das man ganz klar nicht städtisch oder regional organisieren kann, sondern das müsste etwas sein, das man national organisieren könnte. Deshalb lehne ich das auf städtischer Ebene ab.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Als ich das zum ersten Mal las, fand ich auch, inhaltlich (von der Sache her) würde ich das grundsätzlich schon unterstützen, dass man das unterstützt. Nach ein wenig Nachdenken kam ich darauf, dass es das eigentlich schon lange gibt. Schon vor mehreren tausend Jahren (vorher hat meine Fraktionskollegin von den Japanern gesprochen, ich möchte aber auf die Chinesen zurückkommen) hat man schon so ein System erfunden, wo man quasi Gutscheine gibt, wenn jemand Arbeit leistet, und diese Gutscheine kann man nachher wieder eintauschen, um selber etwas zu beziehen, das man braucht. Diese Gutscheine haben wir heute noch, das nennt sich nämlich «Geld». Man braucht das gar nicht, man hat es schon.

Stadtrat N. Galladé: Ja, es ist klar, wie es herauskommt. Der Stadtrat möchte gar nicht so klar Position beziehen. Ich glaube, wir nehmen das schon gerne entgegen, wenn das der Tenor ist. Mir ist einfach wichtig: Es ist die ganze Bandbreite, ein Panoptikum von Meinungen, es ist die Frage, was herauskommen soll. Grundsätzlich ist es sicher ein relevantes Thema, das Thema Langzeitpflege, generationenübergreifende Zusammenarbeit etc. Das wird uns wahrscheinlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch in viel höherem Mass beschäftigen, als wir jetzt über das auch relevante Thema Sozialhilfe diskutiert haben. Auch in diesem Zusammenhang: Es ist nachher gleich noch ein Vorstoss zur Stärkung «ambulant vor stationär» vorgesehen, um das ein bisschen einzuordnen. Ich sehe das eher als ein Argument vom Ganzen in der Forderung des nächsten Postulats. Das ist ein wichtiger Bestandteil, pflegende Angehörige, Nachbarschaftsarbeit und ähnliche Modelle. Es gibt einfach die ganze Bandbreite: Private Initiativen, relativ kleine, die bottom up laufen; die St. Galler-Version ist vielleicht eher der Rolls Royce, unter uns gesagt. Wenn David Schneider fragt, weshalb die von St. Gallen noch nie in die SSK kamen: Wenn Du den Wunsch hast, dann holen wir diese. Der Clou ist: Der Zwischenbericht bzw. der Schlussbericht steht noch aus, das muss man wissen. Was die Rolle des Staates ist und was nicht, das ist noch nicht ganz klar. In St. Gallen gab es doch einen Kredit, der vor das Parlament kam, von ca. 3 Mio. Fr. zur Deckung der Kosten – es nimmt mich wunder, ob die Begeisterung dann auch so gross ist, wenn wir das mit grossem Aufwand machen. Evtl. stellt man sich eine Betreuungsstelle mit ca. 150'000 Fr. vor, die das einfach so managt. Vielleicht müsste man in einer Postulatsantwort einfach summarisch einmal die Bandbreite aufgleisen und Ihr könnt im Rahmen der nächsten Budgetdebatte wünschen, was Ihr wollt. Wenn Ihr es auch bezahlt, dann machen wir das gerne.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir haben einen Ablehnungsantrag. Wer dem Ablehnungsantrag zustimmen möchte, möge das jetzt durch Handerheben bezeugen. – Besten Dank. Wer das Postulat überweisen möchte, möge das jetzt durch Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer sich enthalten möchte, möge das jetzt durch Handerheben bezeugen. – Niemand.

Das heisst, Ihr habt das Postulat mit grosser Mehrheit dem Stadtrat überwiesen.

7. Traktandum

GGR-Nr. 16.59: Begründung des Postulats B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga (EVP), J. Altwegg (Grüne/AL) und K. Cometta (GLP) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär»

B. Helbling (SP): Es ist wohl an der Zeit, dass Massnahmen, die unter dem Titel «ambulant vor stationär» in der Altersplanung 2014 erwähnt sind, weiterentwickelt werden. Auch in der 12-Jahres-Strategie und in den aktuellen Legislatorschwerpunkten des Stadtrates wird die Altersplanung als einer der Schwerpunkte bis 2018 erwähnt. Auf kantonaler Ebene betont der Regierungsrat in einer Medienmitteilung die Wichtigkeit der ambulanten Pflegeversorgung. Wenn ein Eintritt in ein Altersheim hinausgezögert werden kann, dann profitieren alle davon. Ältere Menschen können bei guter ambulanter Versorgung länger zu Hause bleiben, das entspricht meist ihrem Wunsch. Die Pflegekosten sind bei Eintritt in ein Alters- und Pflegeheim ungleich höher als bei einer guten, auf die Bedürfnisse der einzelnen Menschen eingehender ambulanten Unterstützung. Die Altersplanung, verfasst vom Altersforum und dem Departement Soziales, betont, dass die Stadt Winterthur ein Älter werden mittendrin gewährleisten möchte. Potenzial und Fähigkeiten im Alter sollen gefördert werden. Wir haben vorhin gerade etwas gebracht, von dem ich finde, das gehört auch hier hinein, das mit der Zeitvorsorge. Bei der Altersplanung steht unter den Massnahmen auch noch, dass man einen Ausbau der ambulanten Versorgung qualitativ und quantitativ angehen möchte und dass man eine Konzeptarbeit machen möchte für besonders verletzbare Personen, z.B. Demenzerkrankte, oder auch für pflegende Angehörige. Die Fachstelle für Alter und Gesundheit ist entgegen der Formulierung im Postulat jetzt wieder neu besetzt und es ist wohl an der Zeit, die Umsetzung dieses Grundsatzes «ambulant vor stationär» konzeptionell einzugrenzen und detaillierter auszuarbeiten. Es ist klar, dass man auch das Stationäre nicht vergessen darf, es gehört natürlich immer dazu, dass man beides anschaut. Es gehören auch hier verschiedene Anbieter in der Stadt Winterthur dazu und auch da gehört dazu, dass diese miteinbezogen werden. Wir haben das Glück, dass wir das Altersforum haben, das alle zusammenfasst. Das Büro BASS hat in seinem Bericht die Möglichkeiten beschrieben und die Gründe genannt, warum wo und in welchen Bereichen bei den individuellen Leistungen Steuerungs- und Sparmöglichkeiten bestehen. Die Stärkung von ambulanten und teilstationären Angeboten leistet einen wichtigen Beitrag und trägt wesentlich dazu bei, dass das Ausgabenwachstum bei den Zusatzleistungen gebremst werden kann. Es sind bereits unterschiedliche Angebote vorhanden. Dazu gehören unsere bewährten Spitex- und Hausdienst-Leistungen (von der Stadt und auch von Privaten). Es gibt auch weitere private Angebote, es geht sicher auch darum, die Vernetzung nochmals enger zu nehmen. Mit der Überweisung des Postulats sollen vorhandene Lücken zwischen den bestehenden ambulanten und stationären Angeboten erfasst werden und diese wenn immer möglich geschlossen werden. Es geht darum, Massnahmen zu ergreifen, damit leicht pflegebedürftige Menschen länger in ihrem geliebten Daheim bleiben können. Wenn das am einen Ort zu finanziellen Mehrkosten führen könnte, wird das am anderen Ort dazu führen, dass die vielfach höheren Kosten im stationären Bereich hinausgezögert werden. Ein Gewinn für alle. Wir bitten um Unterstützung zur Überweisung dieses Postulats.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Auch da habe ich einen Ablehnungsantrag, bitte Urs Obrist.

U. Obrist (SVP): Die SVP lehnt auch dieses Postulat ab. Die Altersplanung 2014 vom Altersforum Winterthur und dem Departement Soziales ist bereits in dieser Richtung voll im Gange. Die 12-Jahres-Strategie und die Legislatorschwerpunkte 2014 – 2018 sagen, dass die Altersplanung bis ins Jahr 2018 umgesetzt werden soll. Das Altersforum fördert bereits die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen und den Institutionen im Altersbereich. Es ist alles bereits am Laufen. Deshalb lehnen wir dieses Postulat ab.

G. Stritt (SP): Ich möchte ergänzend zu Bea Helbling noch ein paar Dinge erwähnen und noch etwas mehr zu verschiedenen Projekten sagen, auf die im Postulat hingewiesen wird. Alle diese Projekte haben den Fokus auf dem Grundsatz «ambulant vor stationär» und haben eine Scharnier-Funktion im bestehenden ambulanten und stationären Angebot. In der Stadt Winterthur ist 2008 – 2011 das Forschungsprojekt «SpitexPlus» lanciert worden, zusammen mit der ZHAW. Man hat dort abgeklärt, wie die Lebenssituation der Menschen in der Stadt Winterthur, die über 80 Jahre alt sind, sich verändert. Gleichzeitig hat man auch geschaut, was für ein Unterstützungsbedarf besteht und hat die entsprechenden Massnahmen im Alltag davon abgeleitet. Man hat dafür spezialisierte Pflegeexpertinnen eingesetzt. Man hat erkannt, dass viele altersbedingte Einschränkungen sich nicht einfach verändern lassen. Die Auswirkungen im Alltag aber können verbessert werden, wenn die Risiken frühzeitig erkannt sind und im richtigen Moment mit den richtigen unterstützenden Massnahmen darauf reagiert wird. Die Vernetzung ist dabei wichtig und der Fokus auf der Entlastung der pflegenden Angehörigen. Es ist nämlich auch so, dass sehr viele pflegende Angehörigen an die Grenzen ihrer Kräfte kommen und dann plötzlich nicht mehr können. Man hat festgestellt, dass Spitaleinweisungen mit präventiven Massnahmen verhindert werden können und als weitere Folge der Verbleib in der eigenen Wohnung über längere Zeit bis ins hohe Alter eher möglich ist. Die Stadt Zürich kennt das Angebot «Fachstelle präventive Beratung im Alter» und die Hausbesuche SiL. Bei der «Fachstelle präventive Beratung im Alter» geht es in einer ähnlichen Form um Prävention bei älteren Menschen. Dort befragt man die alten Menschen (Leute über 80 Jahre) und schaut, was diese Menschen für Bedürfnisse haben. Das Angebot der Hausbesuche SiL richtet sich v.a. an Menschen mit einer demenziellen Erkrankung, die zu Hause leben. Beide Angebote haben als Ziel den möglichst langen Verbleib der älteren Bevölkerung in den eigenen vier Wänden unter Berücksichtigung und zur Verfügung Stellung der notwendigen Unterstützungsmaßnahmen. Sie fördern die Vernetzung der bestehenden Netzwerke. Beide Angebote sind feste Bestandteile bei der Versorgung der älteren Bevölkerung der Stadt Zürich und man hat damit beste Erfahrungen gemacht. Es hat sich gezeigt, dass v.a. in der Bevölkerung über 80 Jahre ein hoher Bedarf an Beratung und Unterstützung besteht. Ich möchte noch auf eine Studie hinweisen, die im Februar dieses Jahres veröffentlicht wurde, die OBSAN-Studie. Sie hat zum Ziel, Grundlagen zu erarbeiten für die langfristige Pflegeheimplanung 2013 – 2035 im Kanton Zürich. In dieser Studie hat man auch die gegenwärtige Situation erfasst. Für Winterthur zeigt sich da ein sehr spannendes Resultat: Man stellte nämlich fest, dass in Winterthur 53% der Personen in den Heimen nur auf leichte Pflege angewiesen ist. Das bedeutet, dass diese Leute mit der entsprechenden Unterstützung auch zu Hause leben könnten. Durchschnittlich leben im Kanton Zürich lediglich 33.5% leicht pflegebedürftige Heimbewohner in entsprechenden Institutionen, bezogen auf die ganze Schweiz sogar nur 24%. Winterthur ist da also ein bisschen ein Spezialfall. Wenn man weiss, dass die Aufenthalte zu Hause einerseits im Bereich der Pflegefinanzierung höhere Kosten generieren für die öffentliche Hand, aber v.a. wenn sie länger andauern irgendwann auch dazu führen, dass diese Menschen auf Zusatzleistungen angewiesen sind, besteht auch aus finanzieller Hinsicht ein Interesse, diese Entwicklung zu überprüfen und kritisch zu beobachten. Auf diesen Zusammenhang wies, wie auch bereits Bea Helbling sagte, auch der Bericht des Büro BASS hin. Diese Entwicklung weiter zu beobachten ist umso wichtiger, weil man in den nächsten Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung wieder mit einer Zunahme der älteren Bevölkerung zu rechnen hat. Deshalb würde ich auch empfehlen, dass man dieses Postulat wirklich überweist.

B. Huizinga (EVP/BDP): Massnahmen, die den Grundsatz «ambulant vor stationär» fördern, sind aus Sicht der EVP/BDP-Fraktion zu begrüßen. Dass die ältere Bevölkerung in unserer Stadt möglichst umfassend auch mit Pflegebedarf zu Hause betreut werden kann, macht aus sozialer und wirtschaftlicher Sicht Sinn. Es gibt einen Satz im Postulat, der voll ins Schwarze trifft: «Auch wenn die altersbedingten Schwierigkeiten oft nicht veränderbar sind, lassen sich die Auswirkungen im Alltag verbessern.» Als Pflegefachfrau habe ich schon allzu oft folgende Situation erlebt: Ein alter Mensch kommt in jämmerlichem Zustand in das Spital. Der Allgemeinzustand ist derart schlecht, dass man prima vista mit einem riesigen Behandlungsplan rechnet, um diesem Menschen helfen zu können. Gibt man aber ein paar Infusionen, Flüssig-

keit, ernährt diese Person ein paar Tage ausgewogen, behandelt Wunden und Gebrechen und schon ist der Patient nicht mehr wiederzuerkennen. Die Kraft und der Glanz in den Augen ist wieder zurückgekommen. Bei genauer Analyse der Ursache für den vorherigen Zustand wird dann häufig festgestellt, dass der Patient und seine Angehörigen keine Ahnung von bestehenden Unterstützungsangeboten hatten, wie z.B. ein Mahlzeitendienst oder eine Tagesklinik. Es ist daher eminent wichtig, als Stadt für seine ältere Bevölkerung die bestehenden Angebote sichtbar zu machen und allenfalls auszubauen. Die EVP/BDP-Fraktion wird der Überweisung des Postulats zustimmen.

K. Cometta (GLP/PP): «Ambulant vor stationär» ist ein anerkannter Grundsatz und auch in den Legislaturzielen vermerkt. Es ist sowohl aus finanzieller Sicht ein sehr sinnvoller Grundsatz wie auch aus menschlicher Sicht, sehr viele möchten lieber im gewohnten Umfeld bleiben. Gerade jetzt, wo die Babyboomer nächstens in Pension gehen, wird es höchste Zeit, das Oberziel «ambulant vor stationär» noch weiter zu konkretisieren und den Worten auch Taten folgen zu lassen. Es wurde bereits gesagt: Die BESA-Stufen, also die Pflegebedürftigkeit in den Heimen, ist eigentlich tief bzw. abnehmend und das, obwohl mit dem Heimeintritt die Kosten extrem viel höher werden. Die Pflegefinanzierung wurde angesprochen, die Zusatzleistungen wurden angesprochen. Ich erwarte vom Stadtrat eine umfassende Strategie, wie ambulant gestärkt werden kann, dass diese Strategie aufzeigt, wo Lücken sind und wie man diese schliessen kann. Es ist sicher wichtig, dass man in der Prävention stärker wird und v.a. auch in der Information. Es wurde gesagt, vielen Leuten ist gar nicht bekannt, welche ambulanten Angebote es gibt. Es braucht auch die bessere Verknüpfung von bestehenden Angeboten und v.a. sehen wir auch viele Chancen im besseren Zusammenspiel zwischen stationären und ambulanten Massnahmen, also dass z.B. ein Alterszentrum wirklich auch Dienstleistungen im ambulanten Bereich anbietet. Wir möchten, dass neue und innovative Wege beschritten werden. Wir haben vorher die Zeitvorsorge behandelt als ein Element, sicher sind auch neue Wohnformen ein Thema, das wurde auch bereits angesprochen, das Stärken von Tageskliniken (das hat uns in der Kommission sehr erstaunt, dass das eine so geringe Nachfrage hat, wo man doch weiss, dass die Entlastung der pflegenden Angehörigen ein ganz wichtiges Thema ist). Wir erwarten mit anderen Worten einen Massnahmenkatalog vom Stadtrat, mit Zuständigkeiten und Prioritäten. Wir sind von daher gespannt auf den Bericht.

D. Schneider (FDP): Wir unterstützen das, weil es irgendwie logisch ist, sinnvoll ist, weil es auch die Kosten etwas zurücknimmt. Aber ich muss Nicolas ein bisschen in Schutz nehmen. Wenn man in der SSK ist, dann wissen wir, was alles läuft. Das sind Prozesse, die laufen. Jetzt hat man dieses Postulat gemacht, wir haben es zwar mitunterzeichnet, aber wir müssen ein bisschen aufpassen, dass man da nicht eine Überdosis nachschiebt – obwohl in diesem Fall muss man auch sagen, da läuft jetzt viel und man hört dann x-Mal dasselbe da. Das stört mich ein bisschen. Wir unterstützen das Anliegen selbstverständlich, es ist eine gute Sache – aber wir sind dran in der SSK mit diesen Themen.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank. Das Spannungsfeld zwischen dem Sedieren von Überdosis und dem Bezug zum ersten Postulat sowie Urs Obrist, der den Ablehnungsantrag stellt, ist vorhanden. Ja, es ist in den Legislaturzielen und jetzt ist die Frage, was man machen soll. Ich höre auch sehr hohe Erwartungen heraus, wirklich Themen, die ich auch relevant finde, und klar, soll man etwas, das man ohnehin machen will, auch noch als Vorstoss behandeln oder eher nicht? Das ist ein bisschen die Grundfrage. Sie haben sie jetzt schon beantwortet, ich kann jetzt eigentlich zum Ende kommen. Das Thema ist wirklich wichtig, sowohl für das Zusammenleben, wahrscheinlich aber auch vom finanziellen Hebel her. Von daher, weil man es ohnehin schon vorhat, aber manchmal so ein Vorstoss mit Termin auch förderlich ist, um es wirklich noch zu priorisieren, denke ich, es macht Sinn, dass man es jetzt angeht. Das Timing ist gut, man hat von der Studie von OBSAN gehört, die im 1. Quartal erschienen ist, es gab auch noch zwei andere Studien von Avenir Suisse und vom Bundesrat, in denen die richtigen Fragen, die Sie jetzt auch aufgeworfen haben, stellen. Von daher ist es wahrscheinlich richtig, dass wir das in Form eines Postulats mit hoher Priorität, wie auch in den Legislaturzielen vor-

gesehen, bearbeiten und dann auch wieder an dieser Stelle behandeln werden. Sicher werden wir auch zwischendurch sehr gerne in den Kommissionen informieren.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Auch da liegt ein Antrag auf Nicht-Überweisung vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank. Wer das Postulat an den Stadtrat überweisen möchte, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer sich enthalten möchte, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Niemand.

Dann habt Ihr das Postulat mit grosser Mehrheit an den Stadtrat überwiesen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 15.97: Begründung des Postulats R. Keller (SVP) betr. Verbot der Benutzung des öffentlichen Grundes für Aktionen mit religiösem Hintergrund

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich bitte anstelle von Rolando Keller, der am Arbeiten ist, Daniel Oswald um die Begründung.

D. Oswald (SVP): Wie Ihr wisst, ist Winterthur im Fokus vom Extremismus von Jugendlichen, die in den Krieg ziehen, die Jihad-Anhänger sind usw. Das ist sehr wahrscheinlich nicht nur ein Problem alleine von Winterthur, aber doch: Winterthur wird da zentral genannt. In dem Zusammenhang steht auch die Aktion «Lies!», wo salafistische Kreise dahinter sind und organisiert Korane verteilen. Wie schon mehrmals diskutiert, sind wir der Meinung, dass man diese nicht so gewähren lassen sollte, dass man dem entgegengetreten muss und dass das viel mehr nützt. Dass man da schlussendlich am Quell des Übels ist, dass wir da wirklich den Grund bekämpfen, wenn wir gegen den Extremismus und gegen Leute, die Extremismus verbreiten, konkret entgegengetreten und da einen Riegel schieben. Das Problem ist, das Ganze muss vereinbar sein mit der Glaubensfreiheit. Es ist auch meine persönliche Meinung, für mich ist das nach wie vor ein Widerspruch, dass sich Organisationen auf Glaubensfreiheit berufen können, die ganz klar unterscheiden «Mein Glaube ist der richtige, ich bin der Gläubige und alles andere sind Ungläubige, gegen diese muss man kämpfen». Dass sich diese auf Glaubensfreiheit berufen können, ist für mich ein bisschen ein Widerspruch, aber wenn dem so ist, muss man dem natürlich Rechnung tragen und deshalb sind wir der Meinung, dass aufgrund der Gesamtsituation und der Möglichkeiten, die man hat aufgrund übergeordnetem Recht, der Stadtrat einen Weg suchen muss, um halt wirklich zum jetzigen Zeitpunkt ein Gesetz und eine Grundlage zu erarbeiten, dass wir religiöse Werbeaktionen irgendwelcher Art (in der Marktgasse usw.) verbieten können. Was für Möglichkeiten gibt es, um solche Aktionen zu untersagen? Man hat es inzwischen ja auch geschafft, diese «Lies!»-Aktion zu verbieten. In Deutschland ist sie meines Wissens auch verboten und ich bin der Meinung - nicht nur ich, sondern die SVP-Fraktion ist der Meinung, es wäre wichtig, dass man das auch in Winterthur macht, dass das ein wichtiges Zeichen wäre auch gegen Extremismus. Deshalb ersuche ich darum, die Überweisung des Postulats zu unterstützen.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Ich habe gerade gehört, dass ein Ablehnungsantrag vorhanden sein soll. Wer stellt diesen heute? – Marc Wäckerlin in diesem Fall.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Ich kann das Stellen des Ablehnungsantrages gerne übernehmen. Grundsätzlich hat unsere Fraktion der GLP/PP Sympathien mit dem Anliegen, gerade auch die «Lies!»-Aktion, die möchte wirklich niemand haben. Aber eben nicht, weil es eine religiöse Aktion ist oder weil es um den Koran geht, sondern eben weil diese Organisation Beziehungen zum IS hat und damit eine menschenverachtende Haltung verkörpert. Und in einer pluralistischen Gesellschaft dürfen auch diese zu Wort kommen, deren Ansichten wir zwar nicht teilen und deren Ziele wir bekämpfen, die eine andere Meinung vertreten als wir. Es ist eine heikle Gratwanderung zwischen dem, was wir ablehnen aber trotzdem noch tolerieren, und dem, was wir wirklich nicht mehr tolerieren können. Leider ist das Postulat genau bei diesem

Punkt zu wenig ausgeglichen. Toleranz bedeutet genau nicht, dass wir zustimmen müssen, sondern dass wir eine Meinung zulassen, obwohl wir sie falsch finden und ablehnen. Was wir nicht mehr tolerieren dürfen, ist letztlich im Gesetz festgelegt und müsste allenfalls da korrigiert werden. Wir müssen die Grenzen nicht dort ziehen, wo religiöse Meinungen anfangen, sondern dort, wo Menschen anfangen, andere Menschen zu unterdrücken wegen ihrer religiösen Meinungen oder auch wegen anderer Punkte. Es müsste sich nicht nur gegen die Extremisten vom Koran, vom Islam beziehen, sondern es müsste auch eine Antwort geben, wie man damit umgeht, wenn jemand mit ganz extrem rassistischen Anliegen kommt und einen Stand machen will, das müsste man in einer umfassenden Regulierung klären. Was wir nicht zulassen können ist sicher, dass man Menschen unterdrücken, verfolgen oder misshandeln will. Dort, wo zu Gewalt aufgerufen wird, das muss das Kriterium sein, oder wo Gewalt unterstützt wird, dort muss man die Grenze ziehen. Und sogar wenn wir die Standaktionen verbieten würden, dann dürften diese «Lies!»-Organisationen doch noch, ohne Stand, mobil Korane verteilen. Für das brauchen sie keine Bewilligung. Das Problem würde also nicht gelöst, sondern nur verlagert. Tatsächlich aber geniessen in der aktuellen Gemeindeverordnung sowohl politische wie auch religiöse Aktionen Sonderprivilegien. Eine mögliche und für alle Seiten gleich faire Lösung wäre z.B., dass man für Religion diese Sonderprivilegien streicht, dass sie einfach gleich behandelt würde wie alle anderen. Wir bedauern, dass Rolando dieses Postulat nicht mit anderen Fraktionen abgesprochen hat, denn mit ein bisschen Überarbeitung hätte man es wahrscheinlich überweisen können. Wir sehen das Problem, wir sind offen für den Dialog, wir könnten uns auch vorstellen, einen neu formulierten Vorstoss zu unterstützen, wenn dieser ausgewogen ist und überparteilich erarbeitet wird. Wir haben das in der Fraktion wirklich sehr lange diskutiert, wir werden es zum grossen Teil ablehnen, es wird aber auch Enthaltungen geben aus den Gründen, die ich genannt habe. Eventuell werden sie noch separat begründet.

St. Feer (FDP): Wir lehnen das Postulat ebenfalls ab und zwar steht das Postulat für uns klar im Widerspruch zu unserem liberalen Gedankengut, zum Grundsatz der Religionsfreiheit, besonders diskriminierend mit der Eingrenzung auf die Landeskirchen für die Religionsgemeinschaften, die Freikirchen oder das Judentum, die schon seit Jahrhunderten das kulturelle Erbe von Europa und der Schweiz prägen. Die Nutzung des öffentlichen Raumes, das hat Marc Wäckerlin schon gesagt – nein, das hat er nicht gesagt – ist stark reglementiert, aber es gibt da Lücken. Sobald man keinen Stand aufstellt, kann man ziemlich alles verteilen, solange man nicht zu Hass und Gewalt aufruft, solange man also den Rechtsstaat einhält. Das ist eigentlich der Rahmen, in dem wir uns bei diesem Thema bewegen. Nur weil einem etwas nicht passt, das da verteilt wird, oder man es als Provokation wahrnimmt, kann man es nicht einfach verbieten, sonst ist man nicht mehr in einem Rechtsstaat. Ob wir etwas tolerieren oder nicht tolerieren, das ist sehr subjektiv und deshalb gibt es auch ein Recht, das ist verbindlich und das gibt auch die Werte wieder, die in unserer Gesellschaft gültig sind. Als liberal denkende Fraktion ist jedes Gesetz, das zusätzlich dazu kommt, eine Einschränkung des liberalen Gedankengutes. Immerhin, der Pirat nickt dazu – er, der sich als Ultraturboliberaler fühlt im Parlament – es freut mich, dass wir da zumindest eine gemeinsame Meinung finden rund um das Thema. Wie gesagt, wir sind versucht, immer wieder zur Box zu greifen, zu mehr Reglementierung etc. und meinen dann, dass die Welt sicherer und besser wird, doch ich denke, gerade in diesem Bereich, wo es wirklich um vertiefte kulturelle Probleme geht, ist es besser, man sucht Argumente und steht konsequent für die Werte der Schweiz ein. Für die Werte, die die Schweiz gross gemacht haben. Ich denke, Werte sind da besser als Verbotte.

A. Geering (CVP/EDU): Ich denke, das Anliegen der SVP, dass man etwas machen möchte gegen fundamentalistische islamistische Werber für Kampfgebiete in anderen Ländern aufgrund religiöser Motivation, das würden wir von der CVP/EDU-Fraktion teilen. Wir haben entsprechend ja auch zusammen mit Euch kürzlich eine Interpellation gemacht. Dass man aber da, weil man mit den Jihadisten nicht einverstanden ist, ein Postulat macht, das auf alle Religionen zielt, das können wir nicht unterstützen. Die Rede-, die Meinungs- und die Religionsfreiheit gehören zu den höchsten Gütern, die unsere Kultur hervorgebracht und unsere Ge-

sellschaft entwickelt haben. Diese können wir nicht einfach aufgrund irgendwelcher radikalen Aktivitäten aufs Spiel setzen. Es kann nicht sein, dass diese «Lies!»-Gruppe das Gesetz oder die Freiheit, die wir haben, negativ ausnutzt, so dass wir alle religiösen Gruppierungen einschränken. Wo würden wir dann die Linie ziehen? Wenn die Pfadi in der Marktgasse Kuchen verkauft, dann darf sie das. Wenn eine Cevi, Besj, Jungschar in der Marktgasse Kuchen verkauft, dann darf sie das nicht, weil es religiöse Organisationen sind. Sie machen ja dasselbe. Es ist irgendwo nicht fertig durchgedacht. Wieso werden innerhalb der Religionen die Landeskirchen speziell dann nochmals differenziert zu allen anderen religiösen Gemeinschaften – und gehören dann da die jüdischen anerkannten Organisationen auch dazu oder nicht? Es sind da viele Fragezeichen, die uns dazu bringen, dass man das so nicht unterstützen kann. Man kann nicht auf alle Religionen gleich eindreschen, weil man mit dem Rekrutieren für den Jihadismus ein Problem hat in Winterthur. Es gilt auch zu bedenken, dass ja nicht nur die religiöse Werbung in der Marktgasse oder überhaupt in der Stadt z.T. negativ wahrgenommen wird. Es gibt auch kommerzielle Werbung, die sehr aggressiv vorgehen kann, es gibt ideelle Werbung, die sehr aggressiv vorgehen kann – es ist von daher für uns nicht nachvollziehbar, wieso man jetzt da genau die Religion in dem Sinn einschränken will. Diese fundamentalistischen und radikal-islamistischen Aktionen erfordern in der Tat eine Reaktion unserer Gesellschaft. Es kann aber wie gesagt nicht sein, dass man aufgrund dieses Fehlverhaltens alle Religionen in der Freiheit einschränkt, sondern dass man diese Freiheit als Gut, das wir haben, schützen.

M. Bänninger (EVP/BDP): Mir scheint, dass die SVP unter dem Deckmantel von «Frieden stiften in der Schweiz» der Bevölkerung von Winterthur einen Maulkorb verpassen will, wenn es darum geht, sich auf öffentlichem Grund für den Glauben einzusetzen. Grundsätzlich kann man wohl schon sagen, dass die Meinungsfreiheit und die Glaubensfreiheit bei uns in der Schweiz von hoher Bedeutung sind. Extremistische Überzeugungen gibt es überall. Es sind nicht nur Religionen und Kirchen, die polarisieren können, sondern auch andere Organisationen mischen da mit der grossen Kelle mit. Vielfach steht bei einer Standaktion einer religiösen Organisation nicht der Glauben im Vordergrund, sondern es sind oft auch direkte Hilfsaktionen für Menschen in der Not. Wenn wir schon in der Welt den Frieden retten wollen, dann müssen wir vor allem eines: Dialog- und diskussionsfähig bleiben und uns nicht verstecken, sondern genau diese Diskussionen genau dort austragen, wo alle zuhören und auch mitdiskutieren können, nämlich genau mitten in der Marktgasse. Die EVP ist gegen die Überweisung des Postulats.

J. Altwegg (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL äussert sich noch kurz zu diesem Postulat mit dem sperrigen Titel «Verbot der Benützung des öffentlichen Grundes für Aktionen mit religiösem Hintergrund». Wir haben es vorher bei den anderen Voten gehört, es geht um die Aktion «Lies!». Das hat wenig mit Lügen zu tun, sondern mehr mit Lesen. Dazu der Hintergrund, dass diese islamistischen Aktivisten mutmasslich Leute für den Jihad rekrutiert haben. Wenn das nachweislich der Fall war – oder immer noch wäre – dann ist diese Aktion «Lies!» bereits nach heutigem Gesetz illegal und man kann sie entsprechend verbieten. Ein umfassendes Verbot von weltanschaulicher Propaganda finde ich definitiv nicht zielführend. Die Winterthurer Bevölkerung, jedenfalls die allermeisten davon, ist clever genug, den Rattenfängern nicht auf den Leim zu kriechen. Zugegeben, auch ich habe an der Aktion «Lies!» oder dem laut schreienden Video-Verkäufer am Hauptbahnhof nicht wirklich Freude. Es käme mir aber nie in den Sinn, diesen Leuten per se ihr Recht auf Werbung für ihre Überzeugung zu verbieten. Es ist an mir, sie einfach zu ignorieren oder mit einem freundlichen Lächeln «Nein danke» zu sagen. Schliesslich will ich mir meinen liberalen Geist auch nicht verbieten lassen, und schon gar nicht das Reden darüber. Deshalb herzlichen Dank für das Ablehnen dieses Postulats.

S. Näf (SP): Auch die SP lehnt dieses Postulat ab. Die Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit sind wichtige Grundrechte. Wir müssen uns damit abfinden, dass wir auf öffentlichem Grund auch mit Weltanschauungen konfrontiert werden, die nicht unserer eigenen Ansicht entsprechen. Ein Verbot für sämtliche religiösen Gruppierungen, Werbung auf öffentlichem Grund zu machen, erscheint uns unverhältnismässig. Klar ist für die SP, dass im Fall von

Standaktionen, wo religiöse Schriften verteilt werden, die gegen unsere Gesetze verstossen, oder falls solche Organisationen auf öffentlichem Grund Werbung betreiben in anderer Hinsicht, die gegen das Gesetz verstösst, dass ermittelt wird und die nötigen Massnahmen ergriffen werden. Das betrifft natürlich auch die Organisation «Lies!», falls man dort genügend Hinweise hätte auf solche Tätigkeiten. Weiter erscheint es uns auch nicht zweckmässig, ein solches Werbeverbot zu erlassen, weil kaum anzunehmen ist, dass solche Organisationen ihre Werbebemühungen dann einfach unterlassen würden. Wir haben dann vielmehr das Risiko, dass sie das an Orten betreiben, die weniger öffentlich zugänglich sind und wo weniger Transparenz vorhanden ist. Insgesamt erscheint uns das Postulat als Einschränkung der Grundrechte unverhältnismässig und deshalb lehnt die SP das Postulat ab.

Stadträtin B. Günthard: Ich würde Ihnen ausnahmsweise bei diesem Postulat im Namen des Stadtrates auch ans Herz legen, das nicht zu überweisen. Sonst nehmen wir sozusagen einfach entgegen, was Sie uns zuliefern. Einfach noch schnell meine Gedanken: Was haben wir für ein Ziel da bei uns in Winterthur in der Schweiz? Wir sind uns wohl einig, wir möchten friedlich zusammenleben können, wir möchten, dass verschiedene Religionen, verschiedene Kulturen bei uns in unserem Land, in unserer Stadt friedlich zusammenleben können, dass wir Sicherheit haben – und das können wir eben, wenn die Gedanken frei sind und wenn man auch frei äussern kann, was man denkt. Wenn man genau, 2-3 Leute haben es gesagt, die rote Linie des Gesetzes beachtet, dass nur dann, wenn jemand eine Handlung vollzieht, die das Gesetz übertritt, dass dann der Rechtsstaat oder die Polizei eintritt. Vor diesem Hintergrund kann man sich wirklich fragen, ob man mit einem Verbot das friedliche Zusammenleben stützt, ob man mit einem Verbot von etwas, das uns nicht so ganz passt, das friedliche Zusammenleben stützt – oder ist das dann nicht etwas Willkürliches, das allenfalls die Radikalisierungsspirale gleich weiterdrehen würde. Ist es nicht eher so, dass wir an dem festhalten sollten, dass alle die gleichen Rechte haben sollen, dass man diese Rechtsgleichheit, diese Verlässlichkeit vom Rechtsstaat hochhält und die hohen Freiheitsrechte wie Meinungsäusserungsfreiheit, wie Religionsfreiheit, hochhält. Vor diesem Hintergrund gibt es auch noch einen bedingten Anspruch von der Nutzung des öffentlichen Grundes, um auch für religiöse Anliegen werben zu können. Verboten könnte man das nur, wenn an diesen Ständen strafrechtliche Handlungen vorgenommen würden und man das sogar nachweisen könnte. Wenn man eine solche Organisation (ich weiss, es löst Unwohlsein aus, das akzeptiere ich auch) verbieten wollte, dann müsste das IS-Gesetz des Bundes greifen und da wäre dann der Bund zuständig und nicht wir von der Stadt Winterthur oder der Stadtpolizei Winterthur. Von daher würde ich Ihnen nahelegen, die Freiheitsrechte hochzuhalten und das Postulat nicht zu überweisen.

Vielleicht noch schnell als Abschluss eine kleine Weihnachtsgeschichte: Welch eine Überraschung! Man kann mit diesen Leuten, die solche Gesuche stellen, sogar reden. Ich weiss nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, dass jetzt in der Adventszeit kein «Lies!»-Stand unten steht. Wieso ist kein «Lies!»-Stand dort? Schlicht und einfach, weil wir mit diesen Leuten gesprochen haben und ihnen gesagt haben: «Hört mal, respektiert doch unsere Werte. Ihr könnt Euch vielleicht vorstellen, dass die Leute nicht so Freude hätten, wenn genau in unserer Adventszeit, wenn die Weihnachtssterne aufgehängt sind, Euer Stand hier steht. Wir bitten Euch, kein Gesuch zu stellen für den Dezember.» Und sie haben sich daran gehalten. Man kann mit solchen Leuten durchaus auch reden.

Ratspräsidentin Ch. Leupi: Wir haben einen Antrag auf Nicht-Überweisung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank. Wer das Postulat dem Stadtrat überweisen möchte, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Wer sich enthalten möchte, möge das jetzt mit Handerheben bezeugen. – Besten Dank.

Ihr habt mit einer Enthaltung und in der Mehrheit das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen und somit als erledigt abgeschrieben.

Wir haben letzten Montag rund eine halbe Stunde länger gemacht, ich beende da für heute die Sitzung und wünsche allen schöne Festtage und frohe Weihnachten.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)